

Leinigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag - Redaktionsschluss Sonnabend
Verantwortlich für die Redaktion: A. Santos, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. - Fernsprecher: Amt Hansa 8462 und 4934.

Verlag: A. Santos, Berlin NW 40 Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Volk-
Inserate: Die sechsgepaltene Nonpareilleseite bei Arbeitsmarkt.
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Auferstehung

Noch nie hatte die werttätige Menschheit den Leidenskelch der sozialen und wirtschaftlichen Verelendung so lange über sich ergehen lassen müssen, wie in dem hinter uns liegenden Winter. Das Ende ist noch nicht abzusehen. Millionen Menschen stehen noch außerhalb des Produktionsprozesses und warten sehnsüchtig auf Arbeit. Sie wollen nicht Unterstützung und Almosen, sondern Arbeit. Arbeit ist für sie Leben. Arbeitslosigkeit bedeutet Verelendung und Tod. Immer noch kein Ende dieser großen wirtschaftlichen Tragödie. Mehr als eine Million Arbeiter sind mit ihren Familien längst aus der Erwerbslosenunterstützung ausgeschieden, sie wurden der Wohlfahrtspflege überwiesen. In den Gemeinden sind wie im Reiche und in den Ländern ebenfalls leere Kassen. Die Not ist himmelschreiend. Wann kommt das Ende?

Haben es die werttätigen Menschen verdient, daß sie so mißhandelt werden? Kann dann noch von Kultur gesprochen werden, wenn durch die kapitalistische Wirtschaftsweise Millionen von Menschen im Rinnstein verkommen? Ist es nicht Pflicht und vordringlichste Aufgabe, mit allen Kräften auf die Beseitigung dieses Massenelends hinzuwirken? Obwohl zu jeder Zeit der Nachweis erbracht werden kann, daß bei einer vernünftigen Wirtschaftsweise, bei der Beachtung der Allgemeininteressen spielend leicht der Zustand der Massenverelendung beseitigt werden kann, sind Kräfte am Werke, solche Bestrebungen zu verhindern.

Der Aufstieg der kapitalistischen Klasse ging rücksichtslos, getragen von egoistischen Profitinteressen, vor sich. Ein planloses Hasten nach Mammon setzte ein, stark begünstigt von der fortschreitenden Technik. Unbeachtet blieb, ob auch die Bedarfsdeckung damit gleichen Schritt halten konnte. Alle wohlgemeinten Ratsschläge, den Bogen nicht zu überspannen, prallten an dem wahnsinnigen Wettlauf der besitzenden Klasse ab. Sie stellte sich brutal allen Vernunftsgründen der Gewerkschaften entgegen und wehrte sich mit Zähnen und Klauen, auch der Arbeiterschaft an den technischen Errungenschaften ihren Anteil zu geben. Gegen die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit wurde in denkbarster Schärfe Sturm gelaufen. Seit Jahren. Wie ein roter Faden zieht sich der Ansturm des Unternehmertums gegen die wohlberechtigte Forderung der gewerkschaftlichen Organisation, mit dem Fortschritt der Technik die Arbeitszeit einzuschränken. Der gesetzliche Achtstundentag war stets dem Unternehmertum ein Greuel. Sein Sinnen und Trachten konzentrierte sich auf die Beseitigung dieser gesetzlichen Maßnahme. Wo würden wir aber sein, wenn jetzt noch eine 12- und mehrstündige Arbeitzeit allgemein üblich wäre?

Längst sehen weite Kreise ein, daß nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ein Ausweg aus dieser wirtschaftlichen Katastrophe möglich ist. Solange Millionen von Menschen auf Unterstützungen angewiesen sind, ihrer Kaufkraft dadurch stark entblößt werden und bei der Bedarfsdeckung fast nicht mehr in Erscheinung treten, ist an eine Belebung des Absatzgebietes im Inland nicht zu denken. Die Spuren, die die Wintermonate hinterlassen haben, müßten abschreckend wirken und alle verfügbaren Kräfte einsehen, daß hier eine Umstellung erfolgt.

Statt der Vernunft Rechnung zu tragen wird aber vom Unternehmertum genau nach entgegengesetzter Richtung hin gearbeitet. Der Lohnabbau wird in rigorosster Weise betrieben. Leider versagen hierbei die amtlichen Schlichtungsstellen vollständig. Sie tragen in allen Fällen dem Unternehmertum Rechnung und sind ihm für die Durchführung seiner Wünsche behilflich. Den Erfolg dieser das Wirtschaftsleben noch mehr hemmenden Einstellung sehen wir. Statt einer

Osterlied

*Nun will alles aufersteh'n,
alle Himmel stehen offen;
durch die jungen Herzen weh'n:
Frühlingsahnen, Zukunftshoffen.*

*Jeder Keim drängt nun zum Licht,
dränge du zu freiem Leben,
jede Scholle, die zerbricht,
muß dir Raum und Nahrung geben.*

*Dränge in den hellen Tag,
Laß verwehn die dunklen Sorgen
und in deinen Arbeitstag
strahlt die Sonne jeden Morgen.*

Rich. Grisar

Belebung des Inlandsmarktes ist eine weitere Senkung der Kaufkraft eingetreten. Werden etwa die vielen durch den Lohnabbau den Unternehmern ersparten Millionen auf andere Weise durch Preisentfaltungen zur Bekämpfung der Krise verwendet? Auch davon ist keine Rede.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem bewies in diesen Zeiten seine Ohnmächtigkeit. Nichts wurde unternommen zur möglichst raschen Beseitigung dieses katastrophalen Zustandes. Immer wieder wird versucht, die Krisenbelastung der Allgemeinheit und dem Staate aufzubürden. Die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften vom letzten Jahre beweisen diese Behauptung eklatant. Die Reingewinnquote konnte sich dennoch auf gleicher Höhe gegenüber früheren Jahren halten. Die Risiken durch die Krise werden keineswegs von der kapitalistischen Klasse getragen, sie sollen zu vollen Lasten auf die Allgemeinheit übertragen werden. Die Arbeiterschaft soll noch mehr bluten durch die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.

In diesem wahnsinnigen Wirtschaftsgetriebe kommt erst recht die hohe Bedeutung und der große Wert der freigewerkschaftlichen Organisation zur Geltung. Jetzt zeigt sich die große Macht, die in ihr konzentriert ist. Längst würde das Unternehmertum ihr Heu im trocknen haben, wenn die machtvollen Verbände nicht bestanden würden. Nirgends würde die Arbeiterschaft erfolgreich den Kampf gegen die Unternehmerfor-

derungen aufnehmen können. Jede Unternehmerforderung auf Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft stößt auf die größten Widerstände der Gewerkschaften. Noch ist das Ringen nicht zum Abschluß gekommen. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse werden entscheiden. Aber soweit haben sich die Gewerkschaften durchgerungen, daß sie klarer die Vormarschstraße wieder sehen können.

Der Vormarsch der Reaktion ist zum Stehen gebracht worden. Ihr Ziel hat sie nicht erreicht, denn nicht nur um die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften drehte sich der im Vorjahre eingeleitete Kampf, sondern um die Vernichtung der freien Gewerkschaften. Dazu war für das Unternehmertum die Zeit günstiger denn je. In der Arbeiterschaft war eine Uneinigkeit durch die Arbeitslosigkeit eingerissen, die mit Hilfe der Unternehmerkreaturen weitere Antriebskraft erhielt. Der Kampf zielte nicht auf alle Gewerkschaftsrichtungen ab, er verfeistete sich nur gegen die freien Gewerkschaften. Sie sollten hinweggefegt werden, denn sie sollten schuld sein an der Wirtschaftskatastrophe mit ihrer überpannten Tarif- und Lohnpolitik. Durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen und der krankhaften Aufblähung der Nazis erwartete das Unternehmertum bestimmt, daß die Stunde nicht mehr fern sei, wo die freien Gewerkschaften zu Grabe getragen werden können.

Das Ergebnis: Trotz der unerhörten Arbeitslosigkeit nur ein geringer Mitgliederverlust. Die Aktivität hat in weiten Kreisen eine starke Steigerung erfahren. Die Gewerkschafter wissen: es geht um Sein oder Nichtsein. Die „Arbeiterfreunde“ aus dem Nazilager haben sich längst als korruptierte Unternehmerjüdlinge entpuppt und die Bestrebungen dieser Partei dienen dem Schutze der Unternehmerreaktion. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie von dieser Seite nur Schlechtes zu erwarten hat. Der Ansturm von links hat sich längst in der Schlammflut gehässiger Schimpferei verlaufen, die nicht mehr beachtet wird.

Diese Tatzachen müssen uns stählen und neue Kräfte auslösen. Fester denn je stehen die freien Gewerkschaften als Schutzwall gegen das Unternehmertum. Nun ist der Frühling in die Lande gezogen. Die Natur feiert Auferstehung. Neues Leben keimt und sproßt. Auch in den Herzen und Köpfen der Arbeiter und Arbeiterinnen muß sich verstärkter Mut gepaart mit eiserner Willenskraft sammeln. Sie steht immer noch in Alarmbereitschaft zur Abwehr gegen die Anstürme der Reaktion. Jetzt müssen die Bauen und Zaghaften herangeholt werden. Sie haben uns seither allein den Kampf überlassen und forderten dennoch, daß wir sie schützen sollen.

Tragt die Osterbotschaft der freien Gewerkschaften zu unsern abseitsstehenden Berufsangehörigen! Holt sie als Mitkämpfer heran! Wenn alle unsere Mitglieder an der Verbandsfeste bauen helfen, dann muß sie uneinnehmbar werden. Jeder muß auf seine Art und nach seinen Fähigkeiten mithelfen. Viele schaffen ein großes Werk. Dann wird bald der Tag kommen, wo die Gewerkschaften zu Kampfmaßnahmen zur Zurückeroberung der uns durch die Wirtschaftskrise verlorenen Positionen schreiten können!

Hermann Müller

Wieder hat der Tod eine Lücke in die Reihe der führenden Kämpfer des Proletariats gerissen. Hermann Müller, Mitglied des Parteivorstandes der SPD. und des Reichstages, ist am 20. März im Alter von 55 Jahren seinem schweren Leiden erlegen.

Müller wurde als Sohn eines kleinen Brauereibesizers in Mannheim geboren. Nach seinen Lehrjahren arbeitete er in Frankfurt und in Breslau als Handlungsgehilfe. In Breslau übernahm er dann die Lokalredaktion der „Görlitzer Volkszeitung“. Bereits im Jahre 1906 ist er als 30jähriger vom Mannheimer Parteitag in den Parteivorstand gewählt worden. Dieses große Maß an Vertrauen, das ihm damit entgegengebracht wurde, erwies sich als gerechtfertigt. Er setzte alle seine Kraft ein, um die Ideen, denen er diente, zu verwirklichen.

Der Ausbruch des Weltkrieges überraschte Müller in Frankreich, wo er sich im Auftrage der deutschen Sozialdemokratischen Partei befand, um mit der französischen Partei darüber zu beraten, wie die immer härter werdenden nationalen Gegensätze überbrückt und der drohende Krieg verhindert werden konnte. Das Schicksal war jedoch härter als Menschenwille, so daß weiter nichts übrig blieb als zu versuchen, nach Ausbruch des Krieges die zerrissenen internationalen Fäden wieder zu knüpfen. Müller unterzog sich dieser Tätigkeit mit großem Mut und vieler Geschicklichkeit. Im Jahre 1916 wurde der Verlorbene im Wahlkreis Reichensbach-Neurode erstmalig in den Reichstag gewählt, dem er bis zu seinem Tode angehörte.

Der Ausbruch der Revolution fand Müller an der Spitze der Bewegung. In die darauf folgende Nationalversammlung wurde er von dem Wahlkreis Breslau entsandt. Bereits im Sommer 1919 war er als Außenminister in das Kabinett Bauer ein. In dieser Eigenschaft fiel ihm auch die schwere Aufgabe zu, den Friedensvertrag von Versailles zu unterschreiben. Im März 1920 übernahm er erstmalig die Bildung einer Regierung, die aber bereits nach einem Vierteljahr einer Regierung unter Fehrenbach Platz machen mußte. Der Ausgang der Reichstagswahl 1928 hatte die Berufung Müllers als Reichszentraler zur Folge. Die von ihm gebildete Regierung amtierte bis vor einem Jahr. Die Gründe des Rücktritts, unter denen die Deckung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung der wichtigste war, sind heute noch in aller Erinnerung.

Der Tod hat diesem arbeitsreichen Leben ein Ende bereitet. Sein Andenken wird von der Arbeiterschaft, der diese Arbeit gewidmet war, in Ehren gehalten werden.

Süß-, Back- und Teigwaren-fabrikanten wollen Löhne diktieren

Die Unternehmer haben es mit der Kürzung der schon an und für sich geringen Löhne sehr eilig. Durch Anschlag in den Betrieben wird allen Beschäftigten die Kündigung ausgesprochen. Diese Kündigung soll nichts anderes bezwecken, als vom 1. April an einfach durch Lohnkürzung die Arbeiterschaft zu zwingen, zu einem Lohn zu arbeiten, wie ihn die Unternehmer der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie unter sich vereinbaren.

Das Reichsarbeitsministerium ist, nachdem es zwischen den Parteien nicht zu einer Einigung kam, zur Ernennung eines Schlichters angerufen worden. Die Verhandlungen können jedoch, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, vor dem 25. d. Mts. nicht stattfinden. Die Parteien müssen sich zum Spruch, laut Tarif, binnen 14 Tagen erklären. Nach den tariflichen Bestimmungen sollen Kampfhandlungen nicht vorgenommen werden, bevor nicht die letzten Instanzen gesprochen haben. Die Unternehmer kümmern sich in diesem Falle jedoch nicht um die tariflichen Bestimmungen und wollen vom 1. April an die Löhne diktieren.

Die Unternehmer im Herforder Arbeitgeberverband beziffert haben folgenden Anschlag in den Betrieben ausgehängt:

„Hierdurch kündigen wir die zurzeit bestehende Lohnbedingung gegen jeden einzelnen Arbeitnehmer zum 1. April 1931 und behalten uns vor, die Löhne festzusetzen.“

In einigen Fällen wurde erklärt, mit dem Betriebsrat über die Lohnfrage verhandeln zu wollen. Bisher fanden die Unternehmer auf dem Standpunkt, daß der Betriebsrat in der Lohnfrage mit dem Unternehmer überhaupt nicht zu verhandeln hat und wurde der Betriebsrat zu der Zeit, wo unsere Löhne dringend einer Verbesserung bedürften, kurzerhand mit seinem Wunsch auf Erhöhung des Lohnes abgewiesen. Gegen die Maßnahme des Unternehmerverbandes, ohne Vereinbarung vom 1. April an einen Lohnabzug vorzunehmen, haben die Arbeitnehmervertreter schon in der letzten Zentralauskunftung auf das allerhöchste protestiert. Die daraus von den Unternehmern gegebene Erklärung, die Differenz würde wieder zurückgerechnet werden, wenn der Spruch weniger an Abzug bringt

als die Unternehmer bestimmen würden, ändert an der Tatsache nichts, daß das Vorgehen der Fabrikanten die tariflichen Bestimmungen mißachtet. Dieses Lohnkürzung kann nicht anders als Tarifbruch bezeichnet werden. Der Verstoß gegen den Tarif ist um so mehr zu verurteilen, als es sich hier nicht um eine Firma handelt, sondern ein wohl überlegtes Vorgehen darstellt.

Die gleichen Kündigungsankläge werden auch von den Berliner Firmen gemeldet und ist sicher anzunehmen, daß dieses Vorgehen mit Zustimmung der Bezirksausschüsse stattgefunden hat.

Wir wissen, daß die Unternehmer auf unseren Protest wenig geben werden, wir sind uns aber klar, daß auch wieder einmal die Zeit kommen wird, wo sich die Arbeiterschaft daran erinnert, wie leicht die Unternehmer mit den ihnen zurzeit unangenehmen Tarifbestimmungen versucht fertig zu werden und ohne, daß die letzten Instanzen gesprochen haben, die Löhne herabsetzten.

Wir sind jetzt nach langen Jahren einer erträglichen Tarifpolitik soweit gekommen, daß die Unternehmer bei ihrem Lohnkürzung sogar vor einem Tarifbruch nicht zurückweichen. Diese Einstellung kann aber für sie selbst recht gefährlich werden. Auch die Wirtschaftskrise wird der aufsteigenden Konjunktur wieder weichen. Dann kann sehr leicht der Stein, den sie jetzt gegen die Arbeiterschaft schleudern, auf sie selbst zurückprallen. Glauben etwa die Unternehmer, daß sich die

Neuer Kampfesmut soll uns beseelen!

Am 28. März

ist der 14. Wochenbeitrag fällig

Arbeiter und Arbeiterinnen noch dafür bedanken werden, wenn ihnen der an und für sich farge Lohn autokratisch gekürzt wird? Sie werden zähneknirschend den Lohnraub hinnehmen, aber die Empörung wird sich bei bietender günstigen Gelegenheit gegen die Unternehmer auswirken.

Es scheint in diesen Unternehmerräumen mit der Tariftreue nicht weit her zu sein, sonst würde der im Tarif vorgeschriebene Verhandlungsweg abgewartet werden.

Anschläge gegen die Unfallversicherung

Im Dunkeln wird fleißig vom Unternehmertum auf den Abbau aller sozialen Errungenschaften hingearbeitet. Von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ging dem Reichsarbeitsministerium wiederum eine sozialpolitische Abbaudenkschrift zu und nur durch Zufall war es möglich, von diesen Vorschlägen zur „Reform“ der Unfallversicherung Kenntnis zu erhalten. Geplant ist eine Verstummelung der Unfallversicherung. Es wird gefordert, die Beseitigung eines Drittels des Gesamrentenbestandes dadurch, daß der § 559 der RVO. folgenden Abzug erhalten soll: „Eine Rente wird nicht gewährt, solange durch den Unfall die Erwerbsfähigkeit um weniger als ein Viertel gemindert ist.“ Bekanntlich stellen aber die Renten unter 20 Proz. der Vollrenten mehr als den dritten Teil aller Verletztenrenten dar. Die so zu gewinnenden Ersparnisse sollen nach der Unternehmerforderung für eine bessere Versorgung der Schwerbeschädigten verwendet werden. Das Unternehmertum tritt wieder einmal in der Rolle des Menschenfreundes auf und weil Verschönerungen nichts kosten, so kann es sich leicht diesen Anschein erwerben.

Es wird ferner verlangt Beseitigung der Berufsvorsorge für Verletzte mit Erwerbsfähigkeit unter 50 Proz., Kürzung der Witwenrenten auf höchstens zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes des verstorbenen Ehemannes, wenn sie selbst die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hatte; Herabsetzung der Hinterbliebenenunterstützung im Höchstmaß von vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes auf drei Fünftel; Beseitigung der Witwenbeihilfen in Höhe von zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, wenn der Tod des Verletzten nicht die direkte Folge eines Unfalls war; Verschlechterung der Absicherung und Absicherung ohne Zustimmung des Verletzten; Beseitigung der Entschädigung für Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit.

Zu diesem Bündel von Verschlechterungsvorschlägen wird außerdem gefordert, daß der Versicherte bei Einlegung der Berufung eine Gebühr von 5 Mk. zu entrichten hat. Geht die Berufung innerhalb einer vom Oberversicherungsamt bestimmten Frist von zwei Wochen nicht ein, so geht die Berufung als nicht eingelegt. Habe die Berufung Erfolg, so werde die Gebühr dem Versicherten erstattet, andernfalls verfällt sie.

Schon längst wird von den Gewerkschaften der Kampf geführt um eine Reformierung der Reichsversicherungssordnung sowie der Zusammenziehung des

Vorstandes und der Generalversammlung in den Berufsgegenständen. Die bestehenden Bestimmungen sind veraltet und sie passen in die heutige Zeit keineswegs mehr. Das Unternehmertum will aber nicht nur davon nichts wissen, sondern geht zum neuen Angriff über, um die witzigen Rechte, die die Arbeiter jetzt in der Unfallversicherung hat, noch mehr zu beschneiden.

Geht es um den Beruf; denn auch der Reichsarbeitsminister hat bei seinen Reden erklärt, daß er bereit ist, Inflationsercheinungen auf sozialpolitischem Gebiet wegzuräumen. Damit hat der Minister den Unternehmern das Sichzurückgeben für ihren neuen Vorstoß gegen die Unfallversicherung. Die Arbeiter werden sich bestimmt nicht diese neue unerhörte Provokation gefallen lassen. Sie werden in ihren Gewerkschaften alles daran setzen, um mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei der Unternehmerrückbildung einhalt zu bieten. Dazu muß unbedingt jede Stunde zur Machterweiterung ausgenutzt werden.

Gescheiterte Lohnverhandlungen

Die ersten Verhandlungen mit den Berliner Brauereien haben zu keinem Ergebnis geführt. Dies war voraussehen, weil die Arbeiterschaft die Notwendigkeit eines Lohnabbaues nicht einfließt. Diese „mangelnde Einigkeit“ der Kollegen ist nicht etwa auf die Tariffrage, daß für einen Lohnabbau absolut keine Voraussetzungen gegeben sind. Diese Voraussetzungen werden auch nicht geschaffen durch die Bekämpfung der Unternehmer, daß die Lage der Brauereien in steuerlicher Hinsicht gegenwärtig derartig undurchsichtig sei, daß eine Lohnpolitik auf lange Sicht erforderlich ist. Die undurchsichtige Situation auf dem Gebiet der Biersteuer hat mit den Löhnen der Arbeiter nicht das geringste zu tun, denn vorausgesetzt der Fall, die Berliner Gemeindebiersteuer würde sich verdoppeln, so würde der erhöhte Steuerlag auf den Verkaufspreis abgewälzt werden. Tritt mit der Biersteuererhöhung aber ein weiterer Abstieg ein, was wahrscheinlich wäre, aber noch nicht feststeht, dann muß der Ausfall des Profits von den Unternehmern getragen werden, keinesfalls aber von der Arbeiterschaft.

Die Brauereiundernehmer haben es bisher noch immer abgelehnt, an ihren in den letzten Jahren erzielten Riesengewinnen die Arbeiterschaft entsprechend der in den Produktionsprozess eingebrachten Arbeitskraft teilhaben zu lassen. Ihre Argumentation gegen die Forderungen der Arbeiter, im Hinblick auf die Gewinne die Löhne zu erhöhen, braucht hier nicht wiedergegeben zu werden. Auch die Arbeiterschaft lehnt es aus denselben Gründen ab, zur Sicherstellung des Gewinnes die geplante Lohnkürzung hinzunehmen. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben bei den Verhandlungen mit Recht auf die ungeheuren Leistungssteigerungen hingewiesen, die eingetreten ist und die zu einer großen Arbeitslosigkeit unter den Brauereiarbeitern geführt hat. Doch alle Einwände konnten die Unternehmer von ihrem einmal eingenommenen Standpunkt nicht abbringen, so daß nach dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen ihre Fortsetzung wahrscheinlich vor dem Schlichtungsausschuß stattfindet.

Die ostpreußischen Brauereiarbeiter zum Lohnabbau

Wir haben in der letzten Nummer der „Einigkeit“ darüber berichtet, daß die ostpreußische Brauindustrie beabsichtigt, die Löhne der Brauereiarbeiter zu kürzen. Nunmehr hat in Königsberg am 15. März eine Konferenz der Betriebsfunktionäre gezeigt, daß das Vorgehen der Arbeitgeberverbände allerorts als Provokation aufgefaßt worden ist. Und als eine Provokation fassen es auch die Handel- und Gewerbetreibenden auf, deren Existenz nur auf einer kaufkräftigen Bevölkerung ruht.

Die Konferenz stand stark unter Kampfstimmung. Wenn es der Verbandsleitung auch gelang, sofortige ernsthafte Maßnahmen hinauszuschieben, so ist doch noch keine Garantie für eine friedliche Beilegung der von den Arbeitgeberverbänden eingeleiteten Aktion gegeben, sobald die folgenden Tage zu einem auch noch so geringen Lohnabbau für die Brauereiarbeiter führen sollten. Der Konferenz wohnte ein Vertreter des Verbandsvorstandes bei. In den nächsten Tagen nimmt die gesamte Königsberger Brauereiarbeiterchaft zur Situation Stellung.

Die Aussprache der Konferenz fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschliebung:

„Die am 15. März 1931 im Volkshaus in Königsberg in Preußen tagende Konferenz der Funktionäre der Brauereiarbeiter Ostpreußens nimmt Kenntnis von den Absichten der Brauereiundernehmer, die Löhne der Beschäftigten abzubauen. Die Konferenz kam nach mehrstündiger Debatte einmütig zur Ueberzeugung, daß am allerwenigsten für die Brauereien ein sichhaltiger Grund vorliegt, die Löhne und damit

die Kaufkraft ihrer Arbeiter zu drücken. Das Jahres-
einkommen eines Brauereiarbeiters ist im Jahre 1930
infolge verkürzter Arbeitszeit trotz Steigerung der
Nominallöhne niedriger gewesen als im Jahre 1929.

Das Jahr 1931 wird den Brauereiarbeitern durch
weitere Verkürzung der Arbeitszeit weitere 200 M.
weniger Einkommen bringen als das Jahr 1930; das
sind weitere 9 Proz. Lohnschmälerung.

Dabei ist zu beachten, daß bei der kürzeren Arbeits-
zeit für den jetzt schon gekürzten Lohn das gleiche
Arbeitspensum in der Woche zu leisten ist. Diese Tat-
sache ist auch den Brauereien sehr gut bekannt.

Befremdend wirkt das Verlangen der Brauereien
vor allem noch insofern, als sie die ihnen zugeordneten
Steuererhöhungen auf die Konsumenten reichlich ab-
wälzen, daß folglich sie daraus noch Sondergewinne
herausholten, anstatt an den allgemein in Aussicht ge-
stellten Preisabbau auch nur zu denken.

Die Konferenz kann aus all diesen Gründen eine
Berechtigung der Brauereiforderungen nicht aner-
kennen, sie erblickt in einem Lohnabbau eine weitere
Bereicherung der Brauereien auf Kosten ihrer
Arbeiter sowie der Handel- und Gewerbetreibenden
ganz allgemein.

Die Konferenz beauftragt die Gauleitung, den
Brauereien das deutlich vor Augen zu führen, sie er-
mägt namens ihrer Mandatgeber weiter, den
Weisungen der Gauleitung unbedingt Folge zu
leisten.

Reichs-Handwerks-Woche

Vom 15. bis 22. März veranstaltete der Reichs-
verband des deutschen Handwerks im ganzen Reiche
eine Reichs-Handwerks-Woche. Diese Kundgebung des
geeinten deutschen Handwerks soll die Öffentlichkeit
hinweisen auf die Notwendigkeit des Handwerks für
Volkswirtschaft und Kultur. Den überschwenglichen
Reden, die bei der Eröffnung gehalten und wonach er-
klärt wurde, das Handwerk der Gegenwart ernähre
ungeachtet der stürmischen industriellen Entwicklung in
Deutschland immer noch 8 Millionen Menschen oder
das Handwerk habe sich in der Zeit des Hochkapitalis-
mus mit Erfolg durchgekämpft, ist es notwendig, die
Tatsache über die wirtschaftliche Struktur des Hand-
werks gegenüberzustellen.

Nach der letzten amtlichen Betriebs- und Berufs-
zählung muß festgestellt werden, daß im Handwerk
68,8 Proz. als Kleinbetriebe ohne fremde Hilfskräfte
vorhanden sind. Diese unwirtschaftlichen Zwerg-
betriebe sind in der Handwerkerorganisation ton-
angebend und bei allen Anlässen können wir wahr-
nehmen, daß die Einstellung der Handwerkerorgani-
sation darauf hinzielt, größeren Schutz den Zwerg-
betrieben angeheben zu lassen. Nur 21,8 Proz. aller
Handwerksbetriebe beschäftigen 1 Gesellen, nur
12 Proz. weisen 2 bis 5 beschäftigte Gesellen auf, 6
und mehr Arbeitskräfte sind gar nur in 3,3 Proz. aller Be-
triebe vorhanden. Der Zwergbetrieb ist am stärksten
vertreten mit 82 Proz. im Schuhmacherhandwerk, mit
77 Proz. im Schneiderhandwerk, mit 70 Proz. im
Sattlerhandwerk und mit 63 Proz. im Tapezierer-
gewerbe. Der Großbetrieb mit mehr als 10 Gesellen
und schwachen Eingang im Schmiede-, Klempner- und
Bäckergerwebe.

Gemäß dieser Struktur des Handwerks können wir
eine unerhörte Lehrlingszüchterei wahrnehmen. 1927
wurden in den Handwerksbetrieben 750 000 Lehrlinge
gezählt. Es entfallen auf 1000 Betriebe bis 5 Be-
schäftigte ohne Kleinbetriebe 56 Lehrlinge in der
Metallwarenindustrie, 59 Lehrlinge in der Leder-
warenindustrie, 56 in der Holzwarenindustrie, 28 im
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, 53 im Be-
kleidungsgewerbe und 45 Lehrlinge im Baugewerbe.
Auch diese amtliche Feststellung ist bestimmt nicht dazu
geeignet, das Handwerk so einzuschätzen, wie das auf
der Reichs-Handwerks-Woche geschah.

Sehen wir uns weiter die geistige Einstellung der
führenden Personen im Reichsverband des Handwerks
an, so muß ebenfalls festgestellt werden, daß dort
Reaktion bei allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen
tonangebend ist. Diese Handwerkerorganisation hat
den Mut aufgebracht, in enge Verbindung mit den
Nazis zu treten, um die Belange des Handwerks, die
nach ihrer Meinung durchaus mit den kulturellen Be-
strebungen der NSDAP im Einklang stehen, der
ganzen völkischen Presse zu übermitteln. Ein Ge-
heimnis ist diese Liebelei mit den Nazis bestimmt nicht
mehr. Das früher Dremiß und Genossen nachlaufende
Kleinbürgertum hat bei den letzten Wahlen bereits den
Nazis Hilfsleistung geleistet und groß ist die Zahl der-
jenigen Kräfte, die den Nazivertretern ihre Stimme
gegeben hatten.

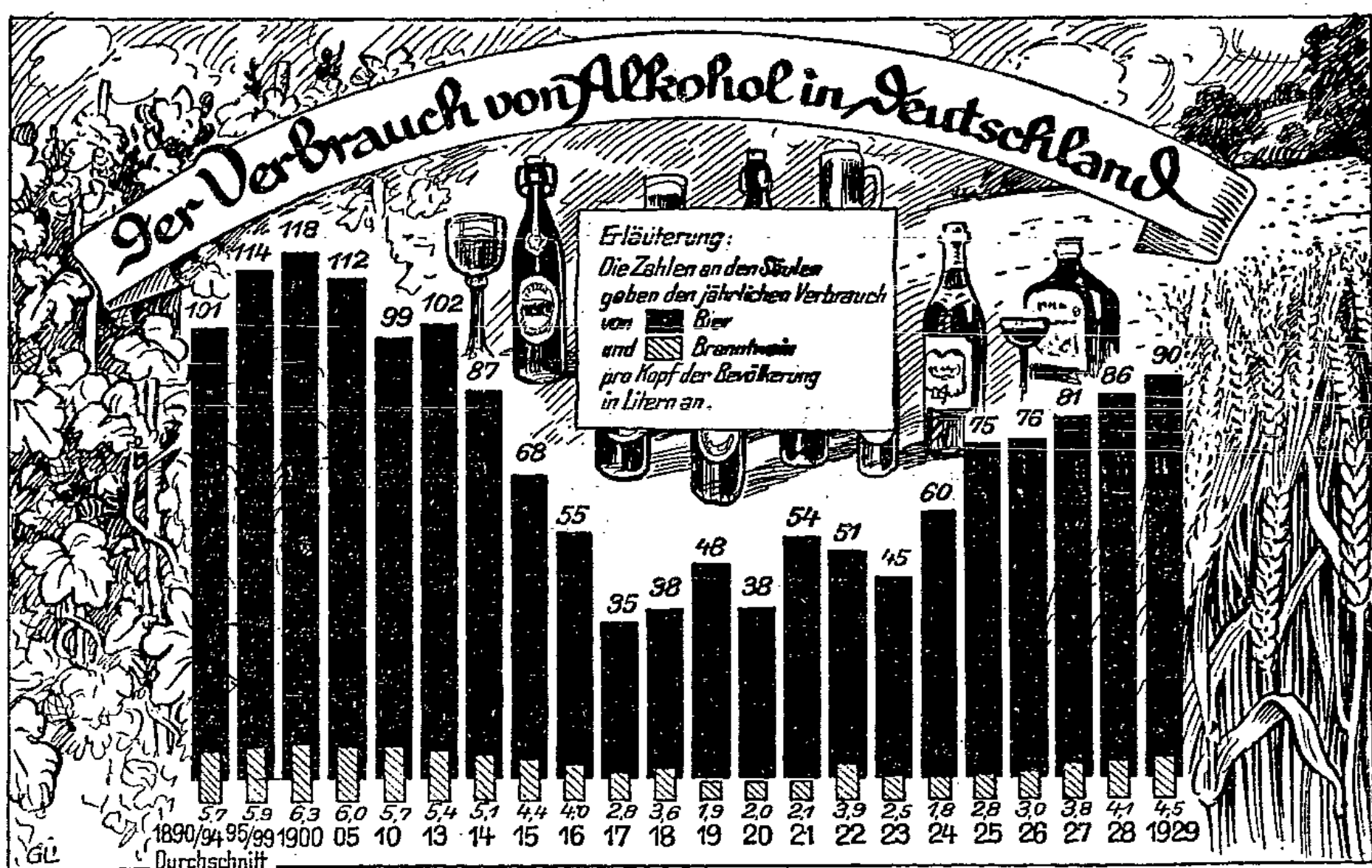
Wir können weiter wahrnehmen, daß die Hand-
werkerorganisationen zu den schärfsten Gegnern der
Arbeiterbewegung zählen. Obwohl wiederholt auf der
Reichs-Handwerks-Woche die Forderung aufgestellt
wurde, das Handwerk sollte mehr berücksichtigt werden
bei Vergabe von Aufträgen, so muß wahrgenommen
werden, daß diese Kreise bei den Lohnabbau-
bestrebungen keineswegs hinter der Großindustrie
stehen. Seit jeher sind die Handwerkerorganisationen
tariffreundlich eingestellt. Wenn sich dennoch in den
Handwerksbetrieben der Tarifgedanke Geltung ver-

schaffen konnte, so war das nur im zähen Kampfe der
Arbeiterchaft möglich. Ist etwa das Handwerk in
sozialpolitischen Fragen fortschrittlich eingestellt? Auch
hier müssen wir wahrnehmen, daß stets mit der Groß-
industrie auf gleicher Linie gegen den sozialpolitischen
Fortschritt gekämpft wurde.

Die Handwerker-Woche wird den Schutz der unwirt-
schaftlichen Kleinraufbetriebe nicht zeitigen, denn die
Entwicklung geht nach einer anderen Richtung, sie
wird den nicht existenzberechtigten familienwirtschaft-
lichen Zwergbetrieb zermalmen. Das Handwerk kann
nur dann gesund sein, wenn die Schmarotzergebilde be-
seitigt werden und auch dort die Meinung sich durch-
setzen wird, daß der gelernte Arbeiter, wenn er dem
Handwerk seine Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ver-
fügung stellt, auch menschenwürdig behandelt werden
muß.

um 46 Proz. nur ein Mehrausfließen von 16 Proz.
gegenüber. Dabel bedeutet aber ein nur 20proz. Rück-
gang des Bierabfahes für den Fiskus erhebliche Aus-
fälle an sonstigen von den Brauereien entrichteten
Steuern, nämlich von 21 Millionen allgemeiner
Steuern, 8,5 Millionen Umsatzsteuern und von 10 Mil-
lionen Mark Lohnsteuern die Beiträge an die
Arbeitslosenversicherung. Bei einer Fortdauer oder
Überschreitung des gegenwärtigen Rückganges werden
sich diese Ziffern noch erhöhen.

Die nächsten Referenten Dr. C r e m e r, der frühere
Landbundesführer H e p p und der Direktor der Bayeri-
schen Landesbauernkammer Dr. H o r l a c h e r er-
brachten ebenfalls sehr durchschlagendes Material da-
für, in welcher Weise sich die Biersteuer auswirkt.
Eine Verminderung der Biererzeugung in Höhe von
20 Proz. bedeutet einen Gesamtverlust für die Wirt-



Ueber den Genuß von Bier und Brantwein in
Deutschland in den letzten vier Jahrzehnten gibt
unsere Bildstatistik interessanten Aufschluß. Das durch
alkoholische Gärung mittels Hefe hergestellte Getränk
erfreute sich schon im Deutschland des 19. Jahrhunderts
zunehmender Beliebtheit; um die Jahrhundertwende
war dann mit einem Jahresverbrauch von 118 Litern
Bier pro Kopf der Bevölkerung ein Spitzenkonsum
erreicht. Dann wandte die Verbrauchskurve sich dem
Abstieg zu, der naturgemäß in den Jahren des Welt-

krieges den tiefsten Stand erreichte. In den letzten
Jahren ist wieder ein ansteigender Bierverbrauch fest-
zustellen, doch sind die Zahlen der Vorkriegszeit noch
nicht erreicht. Eine ähnliche Entwicklung nahm der
Verbrauch von Brantwein in Deutschland, der aller-
dings prozentual niemals eine so starke Konsumsver-
minderung erfuhr als das Bier. Im letzten amtlichen
Berichtsjahre (1929) wurden in Deutschland pro
Kopf der Bevölkerung 90 Liter Bier und 4,5 Liter
Brantwein konsumiert.

Die Auswirkungen der Reichs- und Gemeindebiersteuer

Der Deutsche Brauerbund hatte gemeinsam mit dem
Berein der Brauereien von Berlin zu einer recht stark
besuchten Kundgebung eingeladen, um die Wirkungen
der Reichs- und Gemeindebiersteuer klarzulegen und
auf die verfehlte Politik der überdrehten Steuer-
schraube aufmerksam zu machen. Erschienen waren
rund 2000 Personen, darunter Vertreter der Behörden,
des Reichstags, Landtags usw. Man hatte sich eine
ganze Reihe Abgeordnete als Referenten verschrieben,
die meistens den rechtsstehenden Parteien angehören.
Generaldirektor F u n k e von der Schutzheil-Bahen-
hofer-Brauerei eröffnete als Präsident des Deutschen
Brauerbundes die Versammlung und betonte in seiner
Begrüßungsansprache, daß in der amtlichen Statistik
die Wirkungen der Biersteuererhöhungen nicht voll-
zum Ausdruck kommen. Die amtliche Statistik, die bis
Dezember reicht, weist einen Abfahrückgang von
20 Proz. aus. Seit Januar dieses Jahres ist der Ab-
satz bis zu 30 Proz. und darüber, ja in den Weinbau-
gebieten Hessen und Pfalz sogar bis zu 50 Proz. rück-
läufig geworden. Das Bier besitzt eine beachtliche
Widerstandskraft gegen Konjunkturschwünge, aber auch
eine starke Preisempfindlichkeit. Dies wird dadurch be-
wiesen, daß der Bierabsatz auch in Zeiten rückläufiger
Konjunktur seinen Aufstieg beibehält, aber sofort sich
infolge Preiserhöhung vermindert. Der deutsch-
nationale Reichstagsabgeordnete Dr. O b e r f o h r e n
erklärte, daß bei einem Abfahrückgang der Brauereien
von 31,5 Proz. bereits genau das Stadium erreicht sei,
in dem trotz der 46proz. mit dem 1. Mai v. J. wirksam
gewordenen Erhöhung der Reichsbiersteuer das Ge-
samtverkommen aus dieser Steuer das gleiche ist wie
vor der Erhöhung. Wird der Abfahrückgang des
Bieres noch überschritten, dann sind die Auswirkungen
für die Steuerbehörden noch stärker. In den ersten
sieben Monaten der Auswirkung der letzten Reichsbier-
steuererhebung steht eine Erhöhung des Steuerfahes

schaft von 160 Millionen, wovon allein 80 Millionen
zu Lasten der Landwirtschaft gehen. Dr. Horlacher
wies hauptsächlich auf die Schädigungen hin, die der
heimische Gersten- und Hopfenbau durch die Droffe-
lung der Biererzeugung erleidet. Es kommen hier
hauptsächlich Kleinbauern in Frage. Der Direktor
M o s i c h vom Hanjabund betonte den Fehlschlag der
Steuerveranlagungspolitik.

Waren bisher berufsfremde Personen zum Wort ge-
kommen, so ging zum Schluß der Vorsitzende des Ver-
eins der Berliner Brauereien, Generaldirektor Jäger,
als Fachmann an die Sache heran. Der Referent be-
zeichnete die Brauindustrie als ein Schlüsselgewerbe
und als ein unentbehrliches lebensnotwendiges Organ
im Gesamtorganismus der heimischen Wirtschaft. Das
Bier ist belastet durch die Reichssteuer und den Ge-
meindesteuern mit 22 M. je Hektoliter. Nach Jäger
ist dieser Betrag höher als der gesamte Verkaufspreis
des Bieres ab Brauerei vor dem Kriege und einmal
so groß wie die je Hektoliter ausgeschütteten Divi-
denden der Aktienbrauereien oder der entsprechende
Reingewinn der 4300 Privatbrauereien. Angefichts
dieser Steuerlast und deren Verhältnis zur Dividende
könne auch nicht daran gedacht werden, irgendwelchen
Teil der Biersteuererhöhungen auf die Schultern der
Brauereien zu übernehmen. Bei dem Abfahrückgang
müsse daran gedacht werden, daß die deutschen
Brauereien insgesamt rund 400 Millionen Mark
Außenstände bei den Gastwirten haben. Von diesen
Außenständen müssen desto mehr Beträge als verloren
gelten, je weniger Bier abgesetzt werden kann. Da
die Brauereien nicht am laufenden Band arbeiten
können, sind die fixen Kosten besonders hoch. Der Ab-
fahrückgang verwandelt die frühere Prosperität der
Brauereien in eine kritische Lage. Der Referent er-
klärte die Höhe der Dividenden damit, daß die
Brauereien schärfer den Kapitalkonsum bei der Gold-
umstellung vorgenommen haben, während andere In-
dustrien das Mehrfache ihrer Vorkriegskapitalien auf-
weisen.

Wir haben keine Verantwortung, alles zu unter-
schreiben, was der Brauerbund durch seine Vertreter

erklären läßt. Dennoch ist es nicht von der Hand zu weisen, daß die Wirkungen der Biersteuer für das Gewerbe äußerst einschneidend sind. Die Brauereiarbeiter leiden unter diesem Abfahrgang noch mehr als die Brauereiernehmer. Deshalb müssen wir uns dem Broteiß des Brauerbundes zu einem großen Teil anschließen.

Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im Februar

Von einer saisonmäßigen Belegung für das Ostergeschäft ist bei der anhaltend großen Arbeitslosigkeit in diesem Jahre nicht viel zu merken. Durch das Fehlen der Berichte aus den Bezirken Stuttgart, Kassel und Bielefeld ist zwar die Zahl der berichtenden Betriebe mit 189 gegen 225 im Vormonat wesentlich niedriger ausgefallen, dennoch ergeben die Feststellungen, daß die Zahl der erfolgten Entlassungen im Februar die der Neueinstellungen überwiegt. In sehr vielen Betrieben wird vorläufig gearbeitet. In den letzten drei Monaten zeigt die Beschäftigung in den berichtenden Betrieben folgendes Bild:

Monat	Betriebe berichtend	Zahl der Beschäftigten			neu eingestellt	Entlassungen	Anzahl der Betriebe	
		männlich	weiblich	unbekannt			in Tätigkeit	in Stilllegung
Dezember 1930	207	8063	22123	30154	330 3201	32	43	
Januar 1931	225	8358	22760	31118	1730 1650	10	71	
Februar 1931	189	7463	21013	28476	948 1131	17	66	

Der Grad der Beschäftigung gestaltete sich in der vorgenannten Zeit folgendermaßen:

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Dezember 1930	88	14 640	77	12 729	42	2 817
Januar 1931	63	7 337	101	16 536	61	7 245
Februar 1931	57	8 609	89	15 664	43	4 203

Mahnruf

Durch die Preisentwertung und der damit verbundenen Lohnkürzungen sind verschiedentlich die Unternehmer an uns herangetreten und haben uns zu verstehen gegeben, daß die Ausgaben für einen jungen Mann nicht mehr tragbar sind. Es werden Destillateure entlassen und dafür Lehrlinge angestellt. Heute sind tausende Destillateure und Käufer ohne Arbeit und die Lehrlingszuchterei wird sich in einigen Jahren herartig auswirken, daß ältere Arbeiter keine Stellung mehr erhalten können oder für niedrigen Lohn ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Ist der Kollege alt, so ist er gezwungen, bei evtl. Entlassung betteln zu gehen.

Wir würden, wenn wir nicht organisiert wären, der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sein. Tariflöhne bestehen nicht, da einige Kollegen im DVB. und RW. Mitglieder sind. Außerdem sind diese Vereine keine Vertragskontrahenten, um Tarife, die sich mit unserer Tätigkeit vereinbaren lassen, abzuschließen zu können.

Redensarten als Sinnbilder

Die Sprache hat mannigfache Formen des Ausdrucks, die oft nur bildliche Darstellungen des Gedachten sind. Solche Sprachbilder sind auch unsere Redensarten, falls sie sich nicht aus einem Worte erklären lassen. Die Redensarten machen uns mit verschiedenen Tätigkeiten bekannt, aber auch manche Sitten der Vergangenheit spiegeln aus ihnen wider. Und so häufig eine Redensart auch als leere Phrase erscheinen mag, sind sie doch alle ein lustiges wie ernstes Spiel mit der Sprache von sinnigster Bedeutung.

Welch sonderbare Dinge Redensarten erschließen können, das beweist „einem aufs Dach heigen“. Gleich nämlich im Mittelalter ein Mann von seiner Frau prügeln, so stiegen ihm die Nachbarn nach einem bestehenden Gesetz auf das Dach seines Hauses, um es abzudecken. Mit dem achtzehnten Jahrhundert ist dieser Brauch dahingegangen, doch lebt er als Redensart fort, nur in der veränderten Bedeutung: einem die Meinung sagen.

Eine Erinnerung trauriger Art ist festgehalten in den Worten „auf die Goldwaage legen“. Hier ist an die Zeiten der Münzfälschungen zu denken, die tief bis ins achtzehnte Jahrhundert anhielten und an denen auch Landesfürsten beteiligt waren. Der Kaufmann mußte die empfangene Münze immer erst auf die Goldwaage legen, um festzustellen, ob sie das gesetzlich vorgeschriebene Gewicht besaß. Die gute Münze war dann „von altem Schrot und Korn“. Wir sagen von einem, er sei „von altem Schrot und Korn“, wenn er die alten guten Eigenschaften anweist.

Es gibt Menschen, die im Späße wie auch im Ernst,

Ich gehöre schon eine lange Zeit dem Verbands der Nahrungsmitel- und Getränkearbeiter an. Dieser Verband hat mir und meinen Kollegen bei Klagen vor dem Arbeitsgericht wertvolle Dienste geleistet.

Deshalb, Kollegen, treten unterem Verbands bei. Nur ein Verband, der eure Arbeit kennt, kann euch schützen und nützen, vor allen Dingen eine gute Bezahlung und Abschaffung der Lehrlingszuchterei erwirken. Ich rufe deshalb meinen Kollegen zu: Organisiert euch, stärkt die Sektion der Destillateure und Käufer! Kämpft mit uns für eine gerechte Sache, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

A. S. Gleiwitz.

Das Lied vom Hunger

Ein Mann gar sehr am Hunger litt; wo er auch ging, auf Schritt und Tritt, der Hunger der ging mit.

Er ließ ihn keinen Tag allein, kroch selbst ins Bett zu ihm hinein und ließ den Armen schrein.

Der Arme floh und eilte sehr, der Hunger der lief hinterher und quälte ihn noch mehr.

Und was der Arme auch ersann, er doch dem Hunger nicht entrann, der arme Mann.

Verzweifelt drehte er sich um und drehte ihm den Hals herum.

Da war der Hunger stumm. Erich Grisar

Gefahr einer Brotverteuerung

Als ein nicht geringer Triumph der Regierung bei Beginn der Preisentwertung wurde die Ermäßigung des Brotpreises hingestellt. Sie erfolgte allerdings im engsten Rahmen. Dennoch konnte sie als ein Anfang der Preisermäßigungen gelten. Durch die Politik des gegenwärtigen Reichsernährungsministers scheint eine Brotverteuerung vor der Tür zu stehen. Auf den Getreidemärkten ist eine Verknappung eingetreten, die Landwirte halten ihre Ware zurück. Glauben sie doch, daß sie in Wochen und Monaten noch einen höheren Preis für ihr Getreide erzielen können. Daß die Gefahr der Brotverteuerung bereits akut ist, zeigt eine Erklärung des Badegewerbes von Frankfurt a. M., in der es u. a. heißt: „Durch die Zollpolitik der Regierung wurden die Inlandspreise über das Dreifache der Weltmarktpreise getrieben. Seit dem 22. September 1930, dem Tag der letzten Brotpreisentwertung, beträgt die Steigerung der amtlichen Notierungen bis heute beim Weizen 6,60 Mk. und beim Roggen 4 Mk. je 100 Kilogramm. Daraus geht eindeutig hervor, daß durch die Agrarstützmaß-

nahmen der Regierung eine Verteuerung des wichtigsten Lebensmittels „Brot“ unausbleiblich ist.“

Der Reichsarbeitsminister hat in seiner letzten Reichstagsrede erneut darauf hingewiesen, daß die Regierung keine Kürzung der Reallohn anstrebe. Wenn dies der Fall sein soll, dann muß dem Ministerkollegen des Herrn Sagerwald, Dr. Schiele, endlich einmal gesagt werden, daß seine Maßnahmen zur Verteuerung der Lebenshaltung führen. Schiele ist eben ein Minister nicht für, sondern gegen Ernährung und für die Landwirtschaft. Ein Weizenzoll von 25 Mk. und ein Roggenzoll von 20 Mk. je Doppelzentner stellen etwas derartig Ungeheuerliches dar, daß man gar nicht begreifen kann, wie man bei einer derartigen Politik von Preisentwertungen zu sprechen mag. Innerhalb eines Monats, vom 6. Februar bis 6. März d. J., sind die Weizenpreise an der Berliner Börse je Tonne gestiegen von 268 Mk. auf 292 Mk. Der Roggen erhöhr eine Verteuerung von 156 auf 169 Mk., Gerste stieg von 197 auf 203 Mk., Hafer von 141 auf 151 Mk. im Durchschnitt. Weizenmehl ging im Durchschnitt hinaus von 34 auf 37 Mk. je Doppelzentner. Bei einer solchen künstlichen Preistreibeit trotz niedrigerer Weltmarktpreise ist eine Erhöhung des Brotpreises nur noch eine Frage der Zeit. Kommt eine Brotpreiserhöhung, dann muß die Arbeiterschaft auch wieder höhere Löhne fordern.

Im Handwerk liegt deine Zukunft...

Unbekümmert um die wirtschaftliche Lage der Bäckergehilfen, der fortwährend steigenden großen Arbeitslosigkeit, verzapft nach wie vor die gelbe meistertreue Organisation ihr Sprüchlein: „Im Handwerk liegt deine Zukunft, darum schütze es!“ Wenn dieses Märlein von geistig vertrottelten Menschen in die Welt geistert wird, dann könnte man ruhig darüber hinweggehen, so aber wird von Personen den jungen, unerfahrenen Menschen dieser Schwindel aufgetischt, die im öffentlichen Leben sich anmaßen, eine Rolle zu spielen.

Wie steht es nun mit diesem Märlein. Bei unserer Feststellung über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat Januar wurden auch die Angaben über die Frequenz der arbeitslosen Bäcker- und Konditorgehilfen auf den Arbeitsnachweisen veröffentlicht. Danach waren in diesem Berichtsmonat 46 440 arbeitslose Bäcker- und Konditorgehilfen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen. Eine enorm hohe Zahl derjenigen unserer Berufskollegen, die infolge der zunehmenden Lehrlingszuchterei und der allgemeinen Wirtschaftsmilere aus Lohn und Brot verdrängt wurden.

Sehen wir uns weiter die im Berufe tätige Kollegenschaft an. Nach einer Erhebung vom „Germania“-Verband deutscher Bäckermeisterinnungen für das Jahr 1929 waren 75 593 Bäcker- und 4002 Konditorgehilfen in den 93 378 Innungsbetrieben beschäftigt. Demgegenüber steht die hohe Arbeitsloseniffer, die 58 Proz. beträgt. Wo bleibt dann die Möglichkeit, daß im Handwerk die Zukunft der Gehilfenchaft liegt? Wenn wir weiter wahrnehmen müssen, daß unter den beschäftigten Gehilfen über 15 000 Meisterlöhne sind, dann ist die Aussicht, im Handwerk verbleiben zu können, außerordentlich gering. Wie lange werden die Kollegen noch die gelben Lügen als bare Münze hinnehmen und wie lange wird diese meistertreue Organisation ihre geistige Verblödung noch bei der Gehilfenchaft betreiben können?

ändern oft „blauen Dunst vormachen“, was täuschen bedeutet. Die Rauberer des Mittelalters aber taten es wirklich, indem sie Dämpfe erzeugten, in deren blauem Dunst sie die Leute besser zu täuschen vermochten. Blau hat auch noch die Bedeutung von feiern. Der Rosenmontag des Karnevals, an dem in stark katholischen Gegenden nicht gearbeitet wird, war zuerst der „blaue Montag“. Die Kirche verhüllte in dieser Zeit ihre Altäre mit blauem Tuch, dessen Farbe sie zum Sinnbild der Buße erhob, und so nannte man den Rosenmontag auch den blauen Tag. Eine andere Redensart, die ebenfalls auf die Farbe des Tuches Bezug nimmt, aber nur politisch gebraucht wird, ist der „grüne Tisch“. Hiermit ist der Schreibtisch gemeint, der früher einmal mit grünem Tuch bezogen wurde. Eine „Verhandlung am grünen Tisch“ ist eine Verhandlung der Bürokratie.

Wenden wir uns den Worten „mit Kind und Kegel“ zu, so stoßen wir auf ein Gesetz aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege, das zur Förderung der Geburten dem Manne erlaubte, eine zweite Frau zu begehnen. Die sogenannte Kebsfrau. Die Kinder, die von der Kebsfrau zur Welt gebracht wurden, hießen die Kegel, was uneheliches Kind, oder richtiger: unehelicher Sohn bedeutete. Gaben wir aber heute einen „mit Kind und Kegel“ ein, so meinen wir damit: die ganze Familie.

Viele Redensarten kommen aus dem Jägerlatein. Der Jäger kennt seit alter Zeit eine Reihe von Ausdrucksformen, die an Vorgänge seiner Tätigkeit anknüpfen. Ist zum Beispiel ein Wild „durch die Lappen gegangen“, dann war es früher aus dem Jagdgebiet entkommen, das mit Stricken eingezogen

wurde, von denen Lappen herunterhingen. Wir sagen auch jeweils von einem Menschen, daß er „durch die Lappen gegangen“ ist. „Mit allen Hundsn gehekt“, ein Ausdruck, der auf die Hejhaad beruht, bei der das Wild alle Schlaueit und Gewandtheit aufbringen muß, um sich den aufgehetzten Hunden zu entziehen. Wenn nach Wild geforcht wird, klopfen die Treiber ganz vorsichtig auf den Busch und treiben so das aufgeschreckte Wild dem Jäger zu. Daher die Redensart „auf den Busch klopfen“, vorsichtig ausforchen. Hat aber das Wild das Nahen des Jägers bemerkt, dann hat es „Wind bekommen“. Wird ein Haje verfolgt, dann macht er während seiner Flucht häufige Seitensprünge oder drückt (duckt) sich zu Boden, um ungetroffen zu bleiben. Das geben die Worte „Sprünge machen“, „auf die Sprünge helfen“ (auch kommen) und „sich drücken“ wieder.

Da hört man öfters von „auf den Bein gehen“, „ins Netz (auch Garn) gehen“, „in die Falle geraten“. Diese Redensarten bringen uns die Tätigkeit des Vogel- und Falkenjähgers nahe und bedeuten alle das eine: überlistet werden. Hat einer den „Vogel abgehossen“, so ist das geschehen, was im Glücksfalle vom Schützen gesagt werden kann: er hat richtig getroffen, eine Beizeitung vollbracht. Auch bei „Knall und Fall“ und „aufs Korn nehmen“ müssen wir in der Erklärung vom Schützen ausgehen. Das erste wenden wir an für sofort, das zweite für beobachten, auf etwas hinzielen, vom Richtkorn des Gewehres hergeleitet.

Auch der Volksmund hat zu den Redensarten beigetragen. So gab es in Berlin im vorigen Jahrhundert eine Gleichaufnahmensekte, womit die Ede

Haftung bei Innungskrankenkassen

Wir haben an dieser Stelle schon mehr wie einmal darauf hingewiesen, welche überflüssiges Gebilde innerhalb der Arbeiterversicherung die Innungskrankenkassen darstellen. Anstatt nun mit den Sparmaßnahmen hier anzufangen (es ließen sich durch Abschaffung der Innungskassen ganz nette Summen sparen), hat auch im verflossenen Jahre die Gründerei von neuen Innungskassen weitere Fortschritte gemacht. Das Reichsversicherungsamt schreibt in seiner Statistik der Krankenversicherung für das Jahr 1929: „Während die Zahl der Orts- und Betriebskrankenkassen abgenommen und die der Land- und Knappschaftskassen die gleiche geblieben ist, hat die Zahl der Innungskassen wie im Vorjahre zugenommen.“ Bei dieser Gründerei kann es sehr leicht vorkommen, daß eine solche Kasse sich nicht als lebensfähig erweist, also „pleite“ macht. Es ist dies bei der geringen Mitgliederzahl der meisten Innungskassen leicht möglich. (Daß eine Ortskrankenkasse ihre Zahlungen einstellen mußte, ist dagegen noch nicht dagewesen.) Bei dieser Möglichkeit ist selbstverständlich die Frage für die Versicherten, die zur Zeit der Auflösung Leistung beziehen, sehr wichtig, was nun weiter wird. Es soll in den folgenden Zeilen einmal auf diese Rechtsfrage eingegangen werden.

Als Grundsatz gilt dabei vor allen Dingen, daß die Kasse so lange zahlungspflichtig ist, als sie noch besteht. Der § 390 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die Innung die erforderlichen Beiträge leisten muß, falls der Höchstfuß der zulässigen Beiträge nicht ausreicht, die Regelleistungen zu bestreiten. Hat also eine Innungskrankenkasse selbst aus ihrer Beitragsentnahme nicht die notwendigen Mittel, so muß die betreffende Innung einspringen. Es ist dies eine Zwangsvorschrift, die nicht durch irgendwelche Verträge, Abmachungen usw. abgelöst werden kann. Gibt die Innung den erforderlichen Zuschuß nicht freiwillig, so kann derselbe nach § 28 des bereits genannten Gesetzes zwangsweise beigetrieben werden. Es können hier eine ganze Reihe Beispiele angegeben werden, in denen eine Innung mit ihren Mitteln der bedrängten Innungskasse beizutreten mußte. Besitzt nun die Innung selbst kein Vermögen, so muß die Schuld durch die Aufsichtsbehörde den einzelnen Innungsmitgliedern (Meistern) anteilig auferlegt werden. Diese haften dann persönlich für die Aufbringung des Fehlbetrages.

Wird eine Innungskrankenkasse aufgelöst oder geschlossen, so gehen ihre versicherungspflichtigen Mitglieder in die aufnehmende Kasse über. Dies wird in den meisten Fällen die allgemeine Ortskrankenkasse sein. Versicherungsberechtigte Mitglieder können ihre Mitgliedschaft bei der neuen Kasse fortsetzen. Bezieht zur Zeit des Uebertritts ein Versicherter von der aufgelösten Kasse Leistungen, so muß die aufnehmende neue Kasse die Leistungen weiter gewähren. Die weitere Leistungsgewährung richtet sich dann nach den Bestimmungen der Satzung der neuen Kasse. Die Zeit, während der der Versicherte bereits von seiner alten Kasse Leistungen bezogen hat, wird auf die weitere Leistungsdauer bei der neuen Kasse voll angerechnet. Der Uebertretende hat nur dann bei der neuen Kasse Anspruch auf die satzungsmäßigen Mehrleistungen, wenn er bereits in seiner früheren (aufgelösten) Krankenkasse einen Anspruch auf Mehrleistungen hatte. Die Art der Mehrleistungen spielt

dabei keine Rolle. Soweit liegen die Dinge ziemlich klar. Meinungsverschiedenheiten und Zweifel tauchen jedoch dann auf, wenn die aufgelöste Kasse zur Zeit der Auflösung arbeitsunfähige frunkte Mitglieder hat. Was geschieht nun mit diesen? Treten sie auch zu der neuen Kasse über? In dieser Frage bringt eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes Klarheit. Es heißt in derselben: „Arbeitsunfähig Erkrankte werden im Falle der Vereinigung ihrer Krankenkasse mit einer anderen Krankenkasse dann nicht Mitglieder der aufnehmenden Kasse, wenn das ihrer Versicherung zugrunde liegende Beschäftigungsverhältnis im Zeitpunkt der Vereinigung erloschen ist.“ Diese Entscheidung ist äußerst wichtig. Nach ihr können arbeitsunfähig frunkte Mitglieder nur dann in die neue Kasse aufgenommen werden und von ihr weitere Leistungen beziehen, wenn ihr Beschäftigungsverhältnis noch nicht gelöst ist. Ist dieses Verhältnis gelöst, dann können und dürfen sie nicht von der Kasse übernommen werden. Sie können dann von dieser auch keine Leistungen erhalten. In diesen Fällen muß der Vorstand der aufgelösten Kasse die Fürsorge für die Erkrankten weiter übernehmen, solange dies notwendig ist. Der Vorstand ist hierzu gemäß § 301 der Reichsversicherungsordnung verpflichtet. Hat die Kasse zu diesen Verpflichtungen auch nicht die nötigen Mittel, so müssen ebenfalls die Innung, und falls diese nicht kann, die Innungsmeister für die Erfüllung dieser Verpflichtung sorgen. K—s.

Bedenken

Gegen die von den Gewerkschaften geforderte Herabsetzung der Arbeitszeit werden von den Unternehmern Bedenken geltend gemacht. Sie benutzen dazu nicht nur die Ihnen zur Verfügung stehende Presse, sondern auch den Rundfunk, um möglichst die Kreise mit ihren Gedankengängen vertraut zu machen, auf die sie für gewöhnlich wenig Wert legen. Sie betonen, daß ihre Bedenken gegen eine allgemeine und zwangsweise Verkürzung der Arbeitszeit nicht etwa auf Verständnislosigkeit oder auf grundsätzliche Opposition zurückzuführen sei, sondern auf sehr ernsten Erwägungen beruhen.

Wir wollen nicht bezweifeln, daß sich die Unternehmer ernsthaft die Köpfe zerbrochen haben, wie der auf der Straße liegende Arbeiter in ihrer Not geholfen werden kann, obwohl die Praxis das Gegenteil zeigt. Die Arbeiter lehnen es aber ab, daran zu glauben, daß die Bedenken der Unternehmer so stichhaltig sind, daß sie unter allen Umständen als richtig anerkannt werden. Dafür spricht die Vergangenheit, in der die Unternehmer jeden Fortschritt, den die Arbeiter verlangte und sich schließlich auch erkämpfte, von den Unternehmern als untraglich für die Wirtschaft hingestellt worden ist. Die Arbeiter stellt gar nicht in Abrede, daß hier und dort durch Umstellungen unliebsame Folgen auftreten werden. Ihre Schwere hängt aber ganz davon ab, wie die Unternehmer sich der Sache annehmen. Und weil sie freiwillig dafür auch nicht einen Finger krümmen machen, deshalb muß ein gesetzlicher Zwang geschaffen werden. Nur mit diesem Druckmittel wird Positives erzielt werden können. Nicht zuletzt soll daran gedacht werden, daß die Arbeiter auch ein Teil der Wirtschaft ist. Die bei ihr vorgenommene Umstellung auf Arbeitslosigkeit hat zu einer Schädigung der Wirtschaft geführt. Jede Mehrbeschäftigung ist nur vorteilhaft für die Wirtschaft.

Jäger- und Oberwallstraße gemeint war. Weil dort in den Geschäften die höchst gleichgültigsten Dinge verkauft wurden, hatte man ihr diesen Namen gegeben. Auf der einen Seite gab es Pomade in der Spezerei-handlung von Treu u. Nugsch, auf der anderen die guten Würstchen von Niwet und nebenan bei Landsberger Jacke wie Hofe. Wenn wir nun recht kräftig zu erkennen geben wollen, daß uns etwas gleichgültig ist, dann ist der Gleichgültigkeitssatz gedacht mit den Worten: „es ist uns Pomade“, „... Würst“, oder „es ist Jacke wie Hofe“, wenn sich etwas ablehnt. Das Wort Pomade darf aber hier nicht falsch verstanden werden, denn in diesem Falle hat es nur die Bedeutung von gleichgültig. Die Masse Pomade hat ihre Bezeichnung aus dem Französischen, das sie wieder aus dem italienischen Wort pomò (Apfel) gebildet hat. Der Apfel wurde früher zur Bereitung von Salbe verwendet. — Nun gibt es noch den Ausdruck „pomadig“, der vom slavischen pomal, langsam, gemächlich, herkommt; der Volkswitz hat daraus auch „pomölia“ (baumöli'a) gemacht.

Nicht sehr freundlich meint's einer, wenn er einen „beim Kragen nehmen“ will, denn dann möchte er ihn gewöhnlich durchschütteln. Mit Kragen war früher der Hals gemeint, das ist heute noch daran zu erkennen, daß Geizkragen und Geizhals dasselbe bedeuten. So wird in der süddeutschen Mundart noch Kragen statt Hals gesagt. Für „beim Kragen nehmen“ ist auch „beim Kraps“ (Griebs) nehmen“ gebräuchlich. Der Griebs, das Kerngehäuse des Obstes, ist bei uns Menschen der sogenannte Adamsapfel. Warum wir den Adamsapfel haben, darüber gibt eine Legende Auskunft. Als nämlich Adam den verbotenen

Apfel verspeiste, soll ihn der liebe Gott dabei überrascht haben. Da sei er so heftig erschrocken, daß ihm der Griebs im Halse stecken blieb. An dieser Stelle hätte sich dann der vorspringende Knoten gebildet.

Sehr leicht können Lehnwörter falsch ausgelegt werden. Lehnwörter sind solche, die einer fremden Sprache entlehnt (entnommen), aber voll in unsere Sprache übergegangen sind und auch ihrer Schreibung angepaßt wurden. Schanze ist Lehnwort aus dem Französischen, wo es chance heißt und ursprünglich würfeln bedeutete. Demnach wäre würfeln der Sinn aller Redensarten mit Schanze, wobei an die Würfel des Schicksals gedacht werden kann. „Sich in die Schanze schlagen“: sich aufs Spiel setzen; „alle Schanzen halten“: alles wagen; „etwas in die Schanze geben“: opfern; „seiner Schanze warten“: die Gelegenheit abpassen; „die Schanze gewinnen“: einen Vorteil erringen.

Die Eigenschaft des stillen Neugierigen, der überall herumsteht, wo es etwas zu hören und zu sehen gibt, ist ausgedrückt in den fertigen Worten „Maulaffen festhalten“. Hier handelt es sich um ein stark verändertes ins Hochdeutsche übertragenes Plattdeutsch nach dem Satze: „Dat Mal apen veel hebben“: das Maul viel offen haben.

Nun bringen wir nur noch das „Schäfschen ins trockene“, obgleich damit die Quellen der Redensarten noch lange nicht erschöpft sind. Mit dem Schäfschen ist das Schiff gemeint. „Sein Schäfschen ins trockene bringen“ heißt also: sein Schiff ins trockene bringen, in den sicheren Hafen geleiten. Der eine versteht's, der andere nicht. Erich Meyer.

Bei der Geldermachung ihrer Bedenken vergessen die Unternehmer nicht, darauf hinzuweisen, daß sich hier und da selbst die Arbeiterschaft dagegen wendet, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine noch größere Kürzung des Lohnes hinzunehmen. Es mag dies vereinzelt zutreffen, aber auch nur dort, wo die Unternehmer zuvor eine rigorose Lohnkürzung vorgenommen haben. Die Verkürzung der Arbeitszeit braucht aber nicht zu einer Lohnsenkung führen. Aber wo es doch geschieht, dafür aber eine entsprechende Anzahl Arbeitsloser neu eingestellt werden, hat der einzelne wohl ein Opfer gebracht, die Gesamtheit aber gewonnen. Denn darauf kommt es an, die Arbeitslosen in die Betriebe zu bringen. Die Reservearmee, die dauernd wie ein Gespenst die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bedroht, gilt es zu verringern oder zu beseitigen. Erst wenn dies geschehen ist, wird die organisierte Arbeiterschaft wieder in der Lage sein, verlorengegangene Positionen wiederzuzahlen. Dort, wo die Arbeiterschaft dies begriffen hat, wo sie weiß, daß es nur im Interesse der Unternehmer liegt, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht abnimmt, und ihr auch die Erkenntnis gekommen ist, daß bei der fortschreitenden Technik eine lange Arbeitszeit auch ihre Existenz bedroht, dort wird eine Verkürzung der Arbeitszeit auf keinen Widerstand stoßen. An Solidarität hat es der Arbeiterschaft noch nie gemangelt, sie wird sich auch hier wieder erweisen. Mit der Solidarität wird der Kampfgeist wachsen, der die Unternehmer zu neuen Zugeständnissen zwingen wird, bis die Produktion überhaupt in die Hände der Gesellschaft übergegangen ist, die allein die Gemähr bietet für ein Leben, das frei ist von Not und Elend. Das ist unser Ziel.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Warnung. Stefan Thalmayer versucht mit einem gestohlenen ungarischen Verbandsbuch in den Ortsgruppen Unterstützung zu erschwindeln. Das Buch ist auf die Nummer 14134 ausgestellt und ist dem Vorzeiger abzunehmen und an den Vorstand einzuliefern.

E b m u n d G e h n e r, geboren am 4. August 1901 in Ragenbach, eingetreten am 10. August 1928 in Schwabach, vernichtete sein Mitgliedsbuch im Büro des Ortsausschusses des UGB in Sonneberg (Thüringen), weil er zu gewärtigen hatte, daß er wegen Unterstützungsflüchtigkeit in den Ortsgruppen zur Rechenschaft gezogen wird. Alle Ortsgruppenvorstände werden dringend vor Gehner gewarnt und dürfen keine Lokalunterstützung an ihn auszahlen.

Ausschlüsse. Auf Antrag der Ortsgruppe Berlin werden Fritz Neumann, Darmsarbeiter, geboren am 27. Dezember 1893 in Jüterburg, Buchnummer 11043; Adolf Heibig, Flaschenkellerarbeiter, geboren am 18. Mai 1887 in Berlin, Buchnummer 265732; Wilhelm Spaltowski, Handwerkerhilfsarbeiter, geboren am 11. Oktober 1898 in Ragnit (Ostpr.), Buchnummer 309781; Walter Schutar, Flaschenkellerarbeiter, geboren am 22. Dezember 1905 in Charlottenburg, Buchnummer 268066; Paul Göbel, Maschinenbauer, geboren am 27. Dezember 1889 in Berlin, Buchnummer 267082; Jacob Jansen, Brauer, geboren am 26. März 1910 in Essen, Buchnummer 269070; Paul Hildebrand, Flaschenkellerarbeiter, geboren am 5. April 1883 in Alt-Briesdorf, Buchnummer 267888; Walter Diener, Flaschenkellerarbeiter, geboren am 23. Dezember 1885 in Reichenbrand, Buchnummer 268435; Franz Braun, Milchscherer, geboren am 13. Dezember 1892 in Berlin, Buchnummer 83539; Walter Richter, Flaschenkellerarbeiter, geboren am 27. September 1899 zu Rendsburg, Buchnummer 267590; Paul Göpel, Arbeiter, geboren am 5. Mai 1896 in Berlin, Buchnummer 185639; Otto Gutschke, Arbeiter, geboren am 5. Januar 1899 in Pantow, Buchnummer 65947; Emil Sparmann, Kontorbote, geboren am 11. August 1889 in Müllrose, Buchnummer 267890; Hermann Wohlgemuth, Flaschenkellerarbeiter, geboren am 22. Februar 1891 in Fichtenwalde, Buchnummer 260147; Bernhard Wöhlken, Arbeiter, geboren am 20. November 1902 in Wistertedt (Dobg.), Buchnummer 65972, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 14. März 1931 bis 20. März 1931.

(Vollständigt die Hauptkasse: Berlin 12 078 Rahrmittel- und Geldarbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin 28 40.)

Ortsgruppen:

Gera 4.—, Göttingen 90.—, Gumbinnen 20.—, Reichenbach i. Schlf. 20.—, Reichenbach i. Poell 3.0.—, Sof 100.—, Dortmund 142.25, Göttingen 34.—, Schleibitz 20.—, Siedeb. 65.—, Siedau 32.75, Frankfurt a. M. 73.50, Koblentz 75.50, Regensburg 12.50, Pilsen 100.—, Silberstein 50.—, Müllers 3.—, Berlin 200.—, Hamburg 51.905, Reichenbach 200.—, Weimar 140.—, Schweinfurt 50.—, Wuppertal 36.—, Saaten 65.—, Frankfurt a. M. 4045.76, Ansbach 400.—, Striber 150.—, Weidenburg 300.50, Reife 400.—, Straubing 170.—, Telen 300.—, Remmingsen 400.—, Berford 27.35.

Contingens:

Kulmbach 80.— und 0.85, Solbacht 49.50, Berlin 5390.—, Augsburg 200.—, Berlin 151.70, Berlin 1.— und 0.40, Düsseldorf 53.60, Bodebach 12.—, Weidau 10.—.

Adressenänderung

Ulm a. D. Vom 1. April an befindet sich das Büro Bahnhöfstr. 10. Telefonnummer G. N. 3610.

Korrespondenzen

Udernach. Streik in der Hasermühle. Die Belegschaft der Hasermühle Udernach G. m. b. H. in Udernach ist am 11. März wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Vor Zugang wird gewarnt.

Köln am Rhein. (Ein untreuer Direktor des Milchhofes.) Der im Herbst des vergangenen Jahres zum Direktor des Kölner Milchhofes berufene Wösten konnte nicht lange seinen Posten bekleiden. Es wurde nämlich in der Generalversammlung der Niederrheinischen Käse- und Milchwerke G. m. b. H. durch den Revisor festgestellt, daß der bei diesem Unternehmen früher als Volkswirtschaftler tätige Wösten schwere Veruntreuungen begangen habe, die derartig raffiniert und verschleiert durchgeführt worden seien, daß die Ermittlung in vielen Fällen nur mit Hilfe der Genossenschaftskunden möglich war. Die Veruntreuungen belaufen sich auf 40000 bis 50000 Mk. Wösten soll für den entstandenen Schaden zur Verantwortung gezogen werden. Zur Deckung der Unterbilanz werden zunächst Betriebsrücklagen und Reservefonds herangezogen und der noch verbleibende Restverlust soll durch eine Umwälzung der Mitglieder gedeckt werden. Wenn in den privatkapitalistischen Unternehmungen eine derartige Mißwirtschaft besteht, wie wir sie in letzter Zeit wiederholt wahrnehmen konnten, dann kann auch verstanden werden, daß mit aller Macht die Löhne der Arbeiterschaft gekürzt werden sollen. Das Unternehmertum zeigt aber selbst damit, daß noch vieles faul in ihren Kreisen ist.

Delitzsch i. Erzg. Die Bäderinnung entdeckte bei der Betriebskontrolle in den Bädereien Tr. in R.-De. und Schn.-De. einen ungezüglichen Arbeitsbeginn. Tr. wurde in 200 Mk. und Sch. in 30 Mk. Geldstrafe genommen. Beide Bädermeister erhoben Einspruch beim Gericht. Schn. war der Ältere, zog seinen Einspruch zurück und zahlte 50 Mk. Im Fall Tr. war in Et. große Aufmachung beim Amtsgericht. Die Kontrolleure der Bädereien, der Geselle, der Meister und seine Frau und die Hausbewohner waren beim Gerichtstermin anwesend. Trotzdem die Kontrolleure ausfragten, nach der Uhr in der Badstube wurde mit der Arbeit früher begonnen, stritten Meister, seine Frau und der Geselle es ab. Der Geselle soll auch beschworen haben, daß nicht zeitiger angefangen worden ist; die Hausbewohner haben aber beschworen, daß der Meister schon nachts 4 Uhr den Teig gemacht hat. Das Ergebnis: Der Richter zeigte auf den Gesellen und machte den Staatsanwalt auf dessen Aussage aufmerksam. Tr. wurde noch um 50 Mk. höher bestraft.

Gewerkschaftl. Rundschau

Bekleidungsarbeiter-Verband. Die durch Schiedsgericht getroffene Neuregelung des Manteltarif und Lohnabkommens, wonach ein Lohnabbau vorgesehen ist, sowie einige Änderungen im Manteltarif vorgenommen wurden, fanden in einer Sitzung des Rates ihre Zustimmung. Bei der Entscheidung war maßgebend, daß unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Tarifordnung der Tariflosigkeit vorzuziehen ist; denn dadurch ist unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lage für die Bekleidungsarbeiterschaft immerhin die Gewähr gegeben, daß sie trotz der Lohnsenkung mit einer tariflichen Neuregelung als ohne Tarifvertrag besser daran ist.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Ende der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit. Der Reichsarbeitsminister hat nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt, daß für die Berufe und Gewerbe, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit nach der Anordnung des Verwaltungsrates im ganzen Reich als berufsbüchlich anzusehen ist, das Ende der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit im Winter 1930/31 auf den Ablauf des 28. März 1931 eintritt.

Ursachen des Wirtschaftselends. Es ist an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen worden, welche Wirkung das Anwachen der radikalen Stimmten am 14. September auf die Wirtschaftslage in Deutschland hatte. Die Behauptungen, daß seit dieser Zeit der deutschen Wirtschaft sehr weitgehend aus dem Ausland kommende kurzfristige Kredite entzogen wurden, werden durch den jetzt erfolgten Geschäftsschluß der Dresdner Bank im einzelnen belegt. Es heißt dort, daß das erste halbe Jahr geradezu ein gutes Geschäft gebracht habe, daß aber nach der Wahl bis zum Schluß die Bank gezwungen war, mehr als eine Viertelmilliarde an Krediten zurückzahlen. Dies führte naturgemäß dazu, daß der Wirtschaft im Inland entsprechend weniger Kredite gewährt werden konnten und daß die gewährten Kredite erheblich veräuert wurden. Erst im März hat sich das Angebot von Auslandsgeld etwas gebessert, dies aber auch nur durch den Anreiz ziemlich hoher Zinssätze. Damit ist aber der kapitalistischen Wirtschaft, die nur ihre Tätigkeit zu entfalten beginnt, wenn ihr billiges Geld zur Verfügung steht, kein Anreiz gegeben. Also bleibt durch den unangenehmen Zahlungsgang die deutsche Wirtschaft zum Schaden der Arbeiterschaft eine geraume Zeit länger in ihrer gegenwärtigen Depression. Wenn sich große Teile der Arbeiterschaft und der von ihr abhängigen Mittelklassen der engen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft bewußt gewesen wären, würden sie bestimmt anders gewirkt haben.

Deshalb tut nach wie vor Aufklärung not, um kommende Entscheidungen von der Vernunft und nicht vom Gefühl abhängig zu machen.

Reichsarbeitsminister für Lohnabbau. Eine zwischen den Tarifkontrahenten der Zentralheizungsindustrie für Rheinland-Westfalen getroffene freie Vereinbarung über Lohnkürzungen wurde zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung dem Reichsarbeitsministerium zugeleitet. Minister Stegerwald dachte aber anders. Er schrieb den Antragstellern unterm 8. Januar zurück:

„Die derzeitige Wirtschaftslage läßt es nicht tunlich erscheinen, Löhne, die sich weit über den Lohnsatzdurchschnitt der für den Weltmarkt arbeitenden Industrien erheben, im Wege staatlichen Zwanges Dritten aufzuerlegen. Der im oben bezeichneten Tarifvertrag vereinbarte Lohnsatz von 170 Mk. liegt zweifellos an der obersten Grenze aller Lohnsätze des Tarifgebietes. Ich sehe daher aus Bedenken grundsätzlicher Art davon ab, Ihrem Antrage auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung stattzugeben, und habe das Verfahren eingestellt.“

Diese ungeheuerliche Einstellung des Reichsarbeitsministers steht im strikten Gegensatz zu seinen Sonntagreden, die er vor den Zentrumswählern gehalten hat. Hier wird dem Unternehmertum mit aller Deutlichkeit empfohlen, daß es weiterhin bestrebt sein muß, den Lohn zu senken.

Es gibt mehr Millionäre. Nach der neuesten Statistik ist gegenüber der letzten Erhebung die Zahl der Personen, die ein steuerpflichtiges Einkommen von einer Million besitzen, um 130 auf 2465 gestiegen. Darunter befinden sich 40 Personen mit einem Vermögen von mehr als 10 Millionen Mark und 115 Personen mit mehr als 5 Millionen Mark. Demgegenüber beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland annähernd 3 Millionen Personen. Darunter befinden sich etwa die Hälfte, die auf die Wohlfahrts- und Krisenunterstützungen angewiesen sind und mit dieser ihr Leben gerade so kümmerlich fristen können. Dieser Gegensatz zwischen diesen beiden Menschengruppen ist derartig trüb, daß er nicht besonders hervorgehoben werden braucht. Dieser Gegensatz ist aber keine naturgegebene Tatsache. Er beruht lediglich darauf, daß eine Schicht Menschen es versteht, von der Arbeit der anderen zu leben. Diese Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die unermessliches Leid mit sich gebracht hat, soll beseitigt werden. Das ist der Wille der organisierten Arbeiterschaft, der aufgebaut ist auf der marxistischen Wirtschaftstheorie. Marxismus, das heute so vielgeliebte Wort, ist demzufolge nichts anderes als die theoretische Grundlage zu einer Wirtschaftsweise, in der nicht ausgebeutet und des Profites halber gewirtschaftet wird, sondern in der der Mensch im Mittelpunkt steht, in der dann Not und Elend keine Existenzmöglichkeit mehr haben, weil jegliche Voraussetzungen der Ausbeutung fehlen.

Achtung, Mieter. Der Wohnungsmangel in der Nachkriegszeit, der insbesondere in den Städten sich fühlbar bemerkbar gemacht hat, führte in zahlreichen Fällen dazu, für eine leere Wohnung mehr Miete zu bieten, als durch Gesetz vorgeschrieben war. Diese Mehrzahlungen konnten bisher unter Berufung auf die gesetzliche Miete jederzeit rückgängig gemacht werden. Dies ändert sich ab 1. April 1931, und zwar auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930. In dieser Verordnung heißt es unter anderem, daß eine Berufung auf die gesetzliche Miete nach Ablauf eines Jahres seit dem Beginn der Mietzeit nicht mehr zulässig ist. In der Mehrzahl der Fälle laufen die Mietverträge am 1. April ein Jahr, so daß es bis dahin notwendig ist, dem Vermieter Mitteilung zu machen, andernfalls der Mieter an den vereinbarten Mietzins dauernd gebunden ist. Ausnahmen sind nur zugelassen, wenn der Mieter in eine wirtschaftliche Notlage gerät. Aber auch in diesem Falle ist es noch recht schwer, eine Minderung herbeizuführen, weil die Verhältnisse des Vermieters entsprechend berücksichtigt werden müssen. Mit der Erklärung der gesetzlichen Miete erlöschen allerdings alle Vereinbarungen, z. B. die Erlaubnis zum Untervermieten, die auf Grund der höheren Miete abgeschlossen wurden.

Dieser Teil der Notverordnung ist eine Verschlechterung des Mieterrechtes. Ihr kann wirksam begegnet werden, wenn alle Mieter, die mehr als die gesetzliche Miete zahlen, von ihrem Recht Gebrauch machen und sich rechtzeitig auf die Zahlung der gesetzlichen Miete berufen.

Deutscher Außenhandel im Februar. Das Wirtschaftsleben von der Seite des Binnenmarktes her in Gang zu bringen, dazu ist wenig Aussicht vorhanden, zumal die Lohnabbauversuche immer weiter um sich greift und damit die Massenkaukraft weiter sinkt. Aus diesem Grunde gewinnt die Ausfuhr deutscher Fertigwaren in das Ausland erhöhte Bedeutung. Die Ausfuhr von Fertigwaren stieg im Monat Februar um 16 Millionen auf 591 Millionen Mark. Im Februar 1930 betrug die Ausfuhr noch 776 Millionen Mark. Ein Teil des Rückganges ist auf die Preisentwertung zurückzuführen. Die Einfuhr ist im Berichtsmonat weiter rückgängig gewesen, so daß sich der Ausfuhrüberschuß, der im vorhergehenden Monat 58 Millionen und im Februar 1930 etwa 45 Millionen Mark betragen hat, auf 158 Millionen Mark erhöhte.

Die Aktiendividende ist nach Berechnungen des „B. F.“ im Geschäftsjahr 1929/30 von 6,3 auf 5,8 Proz. gesunken. Die Dividendensumme sank um 60 Mill. Mark. Von dem erfassten Kapital erhielten 71,1 Proz. gegen 72 Proz. im Vorjahre und von den Gesellschaften, die mit Gewinn abschloßen, 60,2 Proz. (77,7 Proz.) eine Dividende. Angesichts der schwierigen Zeit kann man wirklich nicht sagen, daß sich die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften sehr verschlechterte.

Genossensch. Rundschau

Cindcar-Fahrradwerk tritt in die neue Saison ein mit der Parole: Preisabbau!

Neue Fahrrad-Modelle sind geschaffen, die den Ansprüchen des Jahres Rechnung tragen. Nicht nur die beliebten Ballonräder sind im neuen Katalog enthalten, sondern auch ein Motor-Fahrrad, ausgerüstet mit einem Motor der Firma Fichtel u. Sachs wird angeboten. Die Preise haben eine wesentliche Ermäßigung erfahren.

Daneben stehen die schnell bekannt gewordenen Cindcar-Nähmaschinen. Die stark ermäßigten Preise sorgen dafür, daß die modern ausgestatteten Qualitätsmaschinen für jeden erschwinglich sind. Die bisher nur mit dem Zentralspulensystem ausgestatteten Nähmaschinen sind um ein Schwingschiff-Modell ergänzt worden. Der Preis für diese Schwingschiff-Maschine ist 157,- Mk. Wir machen erneut auf die besonderen Vorteile der Cindcar-Nähmaschinen mit Zentralspulen aufmerksam: Sie nähern nicht nur vor- und rückwärts, sondern sind auch mit einem mechanischen Transporteur-Variometer ausgestattet, der es erlaubt, mit einem einfachen Hebeldruck die Maschine zum Sticken und Stopfen herzurichten. Die Möbelausstattungen der Berentmaschinen sind dem modernen Geschmack angepaßt.

Das Werk ist von seinem Zahlungssystem nicht abgewichen. Der Verkauf von Fahrrädern und Nähmaschinen erfolgt an unsere Kolleginnen und Kollegen gegen kleinste Raten von 2,25 Mk. bis 3,75 Mk. pro Woche resp. 9,- Mk. bis 15,- Mark pro Monat. Unsere Verbandsbüros und alle Ortsausschüsse des VDBB. verfügen über Katalog- und Bestellmaterial und geben Auskunft.

Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge. Leider haben die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse oft den Entschluß reifen lassen, die Prämienzahlung zur Lebensversicherung einzustellen. Die günstigen Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge sehen in diesem Fall automatisch die Umwandlung der Versicherung in eine sogenannte „prämienfreie Versicherung“ vor, wenn die Versicherung mindestens ein Jahr bestanden hat bzw. auf Antrag, wenn die prämienfreie Versicherungssumme mindestens 5 Mk. beträgt. Die meisten Versicherungsgesellschaften gewähren diesen Vorteil erst nach dreijähriger Prämienzahlung. Diese Bestimmungen sollen den vergütungslosen Verfall der bisher gezahlten Prämien verhindern. Das eingezahlte Geld bleibt dadurch zum größten Teil erhalten. Der Versicherungsschutz ist aber stark beeinträchtigt; bei den Versicherungen, zu denen nur kurze Zeit Prämien bezahlt worden sind, hat er praktisch aufgehört. Um den dringend notwendigen Versicherungsschutz in allen diesen Fällen wieder zu erlangen, hat die Volksfürsorge in ihren Versicherungsbedingungen auch die Wiederinkraftsetzung der Versicherungen vorgesehen. Diese ist auf Antrag unter Beachtung bestimmter Vorschriften, die sich u. a. auf Alter und Gesundheitszustand beziehen, möglich. Die Volksfürsorge hat nun, der augenblicklichen Wirtschaftslage Rechnung tragend, diese Bestimmungen noch vorübergehend im Interesse der Versicherten verbessert. Von der Wiederinkraftsetzung sollte weitestgehend Gebrauch gemacht werden, sobald die Einkommensverhältnisse in der Familie es irgendwie gestatten.

Ausdrücklich betonen möchten wir an dieser Stelle, daß von einer Einstellung der Prämienzahlung zur Lebensversicherung bei der Volksfürsorge möglichst Abstand genommen werden muß. Es sollte immer die zuletzt ergriffene Maßnahme sein, wenn Einkommenserminderungen zu Einschränkungen zwingen. — Alle Kolleginnen und Kollegen, die noch keine Lebensversicherung abgeschlossen haben, seien bei dieser Gelegenheit nochmals auf die Volksfürsorge aufmerksam gemacht. Eine Lebensversicherung, zumindest für den Ernährer der Familie, ist immer dringend erforderlich.

Gegnerische Organisationen

Gehirnverrentungen eines Nazikonditors. Es gibt noch viele sonderbare Käuze, die absolut nicht begreifen wollen, daß nur durch den Zusammenschluß der Kollegenschaft den reaktionären Anstürmen der Unternehmer entgegengetreten werden kann. Solche Schlaumeier laufen überall herum und lassen sich auch von jedem Mann für den Narren halten. Als unsere Berliner Ortsgruppe den Konditorengehilfen in allen Betrieben ein Flugblatt zum Versammlungsbesuch übermittelte, erhielt sie von einem Nazianhänger folgende Zuschrift, die wir mit der wunderbaren Orthographie wiedergeben:

„Auf Eure Heße seien wir, Ihr Schwarz rot mostrich jungens. Ihr wollt an... eren die Lage verbessern, ihr seht selbst die größten Betrüger, raus aus den Gewerkschaften, nieder mit dem verfluchten massistischen System.“

Wir Arbeitnehmer können selbstverständlich nicht die Herren spielen und die Arbeitgeber sollen wohl die Arbeit machen.

Ihr Heßlumpen, wir brauchen Eure Hilfe nicht, wir helfen uns selber, von den Arbeitergroßchen wollt Ihr nur leben, die Arbeiter ausfaugen bis zum t z. Ihr sozialistischen Betrüger, mit Euren Lumpen Severinz, Braun, Ebert, Böß. Ihr Sittlichkeitsverbrecher Günzel, Stephan Großmann, Kultusminister Beder, v. Schönich, Dr. Kawaner, Bömenstein, Sklarek, Barmat, Kutischer und noch mehrere solcher Millionen von sozialistischen Verbrechern, Betrügern. Dioten, Ihr Judentümmels, Ihr Volksverräter, mit Eurer verfluchten dreckigen Fahne schwarz rot scheißdreck, fahrt in die Hölle zum Teufel, wo Ihr hingehört, Ihr großen Epibuben. Einer für mehrere Millionen von deutschen Arbeitern.“



FRAUENRECHT



Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Knauer Nachf., Verlag

(12. Fortsetzung)

Wieder hielt er inne mit keuchender Brust. Er schien wieder in Welt zu kommen, aber plötzlich bewegte sich Gallagher näher an ihn heran und lächelte freundlich und bekräftigend: „Schau her, Gypo. Ich will ganz offen mit dir sein. Ich will zugeben, daß du für die Bewegung viel getan hast. Du hast in den letzten sechs Monaten die Straße geehrt für die gefährliche Lage, in die du die ganze Organisation im letzten Oktober gebracht hast. Wir wollen einen Erfolg durchmachen, unter einer Bedingung: wenn du uns einen Schlüssel geben kannst, wer der Mann war, der Francis Joseph McPhillip verpfiffen hat, dann will ich dich wieder in die Organisation aufnehmen an deine alte Stelle im Stad des Hauptquartiers. Hier. Nimm dein Glas.“

Gypso Hand hob augenblicklich vorwärts. Er packte das Glas und Gallagher's Hand zusammen in seiner enormen Fasse. Die beiden Männer tranken beinahe in dem Versuch, ihre Hände voneinander zu lösen. Sobald das Glas frei war, hob Gypo es an die Lippen und leerte es. Dann trank er langsam zum Ramin hinüber und legte das leere Glas darauf. Mit dem Rücken gegen die Gefährten hielt er inne, um sich mit dem Kermel den Mund zu wischen.

Er brauchte Zeit, sich zu beruhigen. Gallagher's Vorschlag war so gänzlich überraschend über ihn gekommen, daß er gar nicht bei sich war. Seit jenem schrecklichen Augenblick, wo er die Tür der Polizeiwache aufgetreten hatte, war sein ganzes Leben in eine pechschwarze Wolke untergetaucht, die undurchdringlich war und fern Entkommen bot. Er war allein gewesen, umzingelt von einer unzähligen Schaar von Feinden. Jetzt plötzlich wurde ihm eine Möglichkeit des Entkommens durch den großen Gallagher selbst eröffnet. Gallagher, der große Gallagher, hatte ihm ein Angebot gemacht. Er sollte wieder in die Organisation kommen. Leute sollten wieder Respekt vor ihm haben. Wieder würden schlaue Kerle stets bei der Hand sein, Pläne für ihn zu machen, ihn mit Geld versehen dafür, daß er gewisse Dinge unternähme, schützen würden sie ihn, ihn lobten für seine Tatkraft, seine Stärke und seine... schmutzige Mutter, wach ein Glück!

Während er sich am Sims den Mund am Kermel wuschte, kam ihm bei seinem Bestreben, sich augenblicklich für seine Wiedereinnahme in die Organisation fähig zu erweisen, eine verrückte Idee. Einen Augenblick lang betrachtete er den Mann, der auf die Polizeistation gegangen war, als ein Wesen außerhalb seiner selbst. Ein Gurgeln erfüllte seine Kehle. Es war ein Versuch seiner gegenwärtigen Persönlichkeit, zu sprechen und Angaben zu machen gegen jenen bewährten Gypo Nolan, der in die Polizeistation gestolpert war. Aber der Laut geror ihm im Hals zu einer Kugel, die ihn schmerzte, als wären seine Drüsen plötzlich geschwellen. Er merkte, daß er selber eins war mit jenem schmerzlichen Jungen mit dem zerknüllten Hütchen, der auf die Polizei gegangen war. Es war nur eine neue Art eines Strafs von seinem Innern, seines Gewissens vielleicht, das ihn überreden wollte, seinen Verrat zu bekennen.

Der gleiche Impuls hatte ihn die ganze Zeit über verwirrt, in der er Frau McPhillip anah.

Und dann, genau wie in der Kneipe, wo ihm, erschreckt durch Katie Fay, der verrückte Plan mit dem überfallenen Seemann in den Kopf gekommen war, entwickelte auch jetzt sein Hirn eine fieberhafte Tätigkeit. Es schoß ihm plötzlich wie ein Gewitter in den Kopf mit Krach und Blitz.

Sein Gesicht und seine Augen leuchteten auf. Er öffnete den Mund, ging geschwind zu Gallagher hinüber und sagte in zitterndem Flüsterton: „Ich will's auch sagen, wer ihn verpfiffen hat, 's war Mulligan, die Ratte. So sicher wie Christus am Kreuze hing.“

Die drei Männer drängten sich dicht um ihn. Argwöhnisch sahen sie alle hinter sich, dann fixierten sie ihn an mit engen Augen. Einen Augenblick lang herrschte Schweigen. Dann brach jeder einen neuen Ausruf aus. Connor ließ den Finger über den Drücker sein. „Revolvere gleiten.“

„Mulligan, die Ratte,“ sagte Gallagher scharf. „Wie hast du das herausbekommen, Gypo?“

„Das will ich dir sagen,“ sagte Gypo triumphierend, dann schweigend er wieder und sah sich theatralisch um, die Augenbrauen gerunzelt. „Ich hab' von selber nicht gern was gesagt, aus Gründen, die jeder weiß. Ein Mann kann niemals so 'ner Sache sicher sein. Und bei Gott, 's ist das Schlimmste, was man gegen einen Mann vorbringen kann. Aber wie du mir das so in den Weg gelegt hast, Kommandant, daß ich kein Freund gewesen bin und daß 's meine Pflicht wäre in 'dieser Sache... na, und da... Trotzdem! Armer Mulligan!“

„Oh, mach' los,“ sagte Gallagher, vor Aufregung zitternd. „Kommt zu Ende mit dem was du zu sagen hast. Mach' deine Aussage, Mann.“

Aber Gypo ließ sich nicht heizen. Eine erhabene Anmaßung hatte Besitz von ihm ergriffen. Er langte nach dem Whistglas, das Gallagher noch unberührt in der Hand hielt. „Gib mir das, Kommandant, ich seh', dir schenkt's doch nicht zu schmecken.“

Gallagher reichte ihm nervös das Glas.

Danke schön. Ah! Gute Sache. Na, gut, die Angelegenheit ist so, wie sie gewesen ist. Gleich als Francis mich im Schramm verlassen hatte, dachte ich auf einmal bei mir selbst, es wäre besser, ich würde ihm nachlaufen und ver-

suchen, ihn davon abzubringen, nach Hause zu gehen. Ich hatt's schon versucht, ihn dazu zu bringen, daß er sich wieder fortmache aus der Stadt und nicht nach Tinstreet ging. So wie er immer war, der schrullige Kerl, er wollte ja nicht hören auf das, was ich ihm sagte. So sagte ich bei mir selber, Gott sei seiner Seele gnädig! „Schon, mein Lieber, ich habe keine Lust, mich selber ins Schlammloch zu bringen, damit du nicht reinfällst und mich noch obendrein in Grund und Boden stichst.“ Na, gleichwohl, sobald er weggegangen war, entschloß ich mich, ihm nachzugehen und ihm noch 'ne letzte Warnung zutommen zu lassen. Ich rannte raus in den Vorraum, wen sehe ich: die Ratte, wie der Kerl um die Ecke schnüffelt. Ich rannte durch den Vorraum durch. Da stand die Ratte an der Tür, die Hände in den Taschen, und spähte die Straße hinauf. Dann tauchte er rein in die Straße. Ich ihm nach. 's war gerade noch Zeit zu sehen, wie Francis um die Ecke in die Straße bog, die Ratte immer hinterher. 's ist 's klar wie die Sonne. Tat-

Erkenntnis am Abend!

Leise, wie mit sanften Flügeln
Sinkt die Dämmerung hernieder,
Sie legt sich über Tal und Hügel
Auf der Landschaft müde Glieder.

Hier und dort, verstreut im Kreise
Leuchtet hell der Lichter Band,
Berklärt das Bild in froher Weise
Zeigt mir heimatliches Land.

In dem abendlichen Dunkel
Fabriken stehn in grauer Ferne
Heber die der Abend Sterne,
Licht und hell hernieder funkeln.

Leb und leer stehn ihre Hallen,
Auch bei Tag, nicht nur bei Nacht;
Weil der Wirtschaft scharfe Krallen
Hemmen hier der Arbeit Kraft.

Rost steht langsam die Maschinen
Erfalter ruht des Kessels Bauch.
Die Geldgier schreit nach den Tantiemen
Und nach der heissen Esse Rauch.

Auch wir verlangen, fordern Rechte!
Auch wir begehren Mensch zu sein!
Das Kapital erschuf uns Knechte,
Doch Sklaven wollen wir nicht sein.

Die bittere Not, sie kann uns lehren,
Sie lernt uns den neuen Saat,
Durch Einigkeit kann uns gehören
Ein neuer sozialer Staat.

Bauf Brandt

sächlich. Gott sei dem Toten gnädig! Wenn ich in dem Augenblick bloß daran gedacht hätte, dann könnte Francis jetzt am Leben sein, anstatt harr und kalt. Gib mir noch was zu trinken, Kommandant, mir ist die Kehle ausgetrocknet.“

Ohne ein Wort oder einen Blick ging Gallagher zu der Schiebetür und klopfte an die Verriegelung. Gypo ließ sich nicht einmal dazu herab, seinen Bewegungen zu folgen. Sein Selbstgefühl war grenzenlos. Er merkte, daß er erstaunlich gerieben war. Er fühlte selbst Verachtung für Gallagher in sich. Was Mulholland und Connor anberaht... Er warf einen wohlwollend abschätzenden Blick auf sie, wie etwa ein Mann ein paar nützliche Hunde betrachtet. Es war die gleiche Art Blick, die Gallagher stets auf jedermann zu richten pflegte.

Gallagher brachte ein frisches Glas Whisky und gab es ihm. Er nahm es, ohne zu danken, ging zum Spudnapf und leerte seinen Mund hinein. Dann schluckte er das Getränk wiederum in einem Zug, legte das leere Glas auf den Ramin und räusperte sich tief. Mit lautem Geräusch schlug er die Hände hinter seinem Rücken zusammen. Er begann sich auf den Boden vorwärts und rückwärts zu wiegen wie ein Polizist.

„Wie konnte ich bloß nicht eher daran denken“, sagte er, während er nachdenklich an die Decke sah.

Er war jetzt ganz erfüllt von dem Gefühl seiner eigenen Schlauei und bemerkte nicht das vollkommene Schweigen, mit dem Gallagher und die beiden anderen seine Geschichte aufgenommen hatten.

Er dachte mit Vergnügen an die alten Tage, als er auf der Polizeistation einen Verbrecher in der Zelle zu bewachen hatte. Er pflegte eine ganze Stunde lang in der nächsten Stille dazuhocken, den Gefangenen einzuschüchtern, ihn mit den Augen, mit einem plötzlichen Aufwands seiner Kraft, mit einem irren Lachen, mit schweigendem Starren zu beherrsigen. Diefelbe Empörung spürte er jetzt. Ungeheuer angeregt von dem Whisky, den er getrunken hatte, und in höchster Spannung durch die Nervenprobe der letzten Stunden, bildete er sich ein, daß Gallagher und die beiden anderen ihm ausgeliefert seien, daß er ein Polizeibeamter und sie Zivilisten seien, die ein Ansuchen an ihn stellten, ein unerschütterliches Ansuchen, das sie in seine Gewalt lieferte. Genau so war es in den alten Tagen, wo er sich von Gallagher Vertrauensbrüche mit einem Glaschen

Verkehrtes Sparen

Der Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugend-erholung und Heimfürsorge sind aus allen Landesteilen Nachrichten darüber zugegangen, daß aus Ersparnisgründen überall in den Clats der Städte und Kreise die Mittel für die Kindererholungs-, Gefühls- und Heilfürsorge gekürzt werden. Es liegt auf der Hand, daß hier wieder einmal, wenn auch unter dem Zwange der Verhältnisse, an falscher Stelle gespart wird. Kürzlich hat erst der Präsident des Deutschen Städtetages ausdrücklich vor einer Einschränkung der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge gewarnt.

Die Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten

ist im Steigen begriffen. Diese Feststellung macht Fräulein Grace Abbott, die Vorsitzende der amerikanischen Vereinigung zum Schutze der Kinder. In 60 Städten wurden im Jahre 1929 nicht weniger als 220 087 Zertifikate für arbeitende Kinder im Alter von 14 bis 18 Jahren ausgegeben gegenüber 150 000 im Jahre 1926. Diese Zahlen schließen diejenigen Kinder nicht ein, die in häuslichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind. Die größten Mischstände herrschen dort, wo es sich um industrielle Teilarbeit handelt. Ihr Umfang ist am schwierigsten festzustellen.

Whisky bezahlen ließ; kleine und, wie er glaubte, harmlose Andeutungen über die Dienstverletzung im Hauptquartier und von der Verteilung der Geheimpolizisten.

„Woran eher denken?“ Gallagher fragte kühl. Er sprach langsam, gleichgültig und sah Gypo grübelnd an.

„Na, ich meine die Wut, die die Ratte auf Francis hatte“, erwiderte Gypo vertraulich und wichtigend.

„Von was für 'ner Wut redest du da?“

„Oh, das ist 'ne lange Geschichte.“ Gypo erzählte, als er zum Spudnapf hinüberging und hineinspuckte. Mit ungeheurem, peinigenden Geräusch machte er sich die Kehle sauber. Plötzlich rief er mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit: „Spender! uns noch ein Glas, bevor sie zumachen, Kommandant.“

„Beim lumpigen Moses, Gypo! Du bist ein tüchtler Kunde, hahaha. Na, schön, auf alle Fälle bist du noch 'nen Whisky wert.“

Heimlich winkte er Mulholland und Connor zu, als er zu dem Schiebefenster hinüberging. Gypo sah ihm beinahe verächtlich nach. Er schaute mit ärgerlichem Gesicht auf die Uhr und sagte: „Mach' schnell, wir haben bloß noch 'ne Minute Zeit. 's ist eine Minute vor elf.“

Wieder machten vier Gläser Whisky die Runde. Gypo nahm feins und schluckte den Inhalt auf einen Zug. Diesmal nahm er Gallagher das Glas, ohne ihn zu fragen, aus der Hand.

Er goß auch das auf einen Zug hinunter; offenbar wollte er seine Trunkenheit bekunden. Mulholland und Connor tranken ihre Gläser schnell aus, als ob sie Angst hätten, daß er ihre auch noch nehmen wollte. Er ging zum Ramin hinüber und legte die beiden leeren Gläser darauf. Dann betrachtete er die fünf Gläser, die er leer gemacht hatte, lächelte breit und schlug sich hallend auf die Brust.

„Leg' los, Genosse“, sagte Gallagher scharf, „heraus mit deinen Neuigkeiten. An der Nase führen gib's nicht.“

„Schon gut.“ Gypo beugte plötzlich seinen großen Schädel vor, so daß er aussah wie ein Kammfloh, der ihm auf einmal am Hals saß: „Erinnerst du dich an Susie, die Schwester der Ratte? Früher war sie Mitglied bei der Organisation.“

„Jawoll“, schnappte Gallagher ärgerlich. „Ich erinnere mich an sie. Was ist mit ihr? Was hat sie mit der Sache zu tun?“

„Warum soll' sie nicht 'ne ganze Masse damit zu tun haben? Sie hatte 'n Kind, nicht...?“

„Was weißt du von ihrem Kind?“ zischte Gallagher. Er war totenbleich.

„Reg' dich nicht auf, Kommandant.“ Gypo lachte breit. Er war angetrunken und unverkämmt. „Hab' ich 'nen wunden Punkt berührt, was? Na, von der Sache weiß ich nichts. Du kannst dich beruhigen. Francis McPhillip war der Vater von dem Kind, und er weigerte sich, sie zu heiraten. Ich erinnere mich: er und ich, wir waren hinten in Cassidy's Kneipe den einen Abend und tranken eins, da kam wer 'rein und sagte zu Francis, er möchte doch mal eben für 'ne Minute um die Ecke kommen. Er blieb so lange weg, daß ich ihm nachging, weil ich den Verdacht bekam, da wäre was nicht richtig. Aber da fand ich ihn und Susie, die einen bösen Krach machte. Sie schrie und verlangte von ihm, er sollte sie irgendwohin mit sich nehmen. Natürlich dachte er nicht dran. — Na, soviel ich weiß, ist sie dann um die Ecke gegangen. Du kannst dein Leben drauf verwetten, daß es die Ratte deshalb tat. Deshalb hat er den Angeber gemacht.“

Gallagher sah zu Mulholland hinüber. Mulholland runzelte die Stirn und schüttelte leise den Kopf. Dann sah er neugierig Gypo an. Connors Mund stand weit offen, verwundert glogte er zu Gypo hin.

Gypo zog seinen Hosengürtel enger. Als er fertig war, sagte er: „Na, und Kommandant, hältst du dein Wort, daß du mich wieder in die Organisation aufnimmst?“

(Fortsetzung folgt)